

1. Quartal 2002 Nr. 40

ZAG

antirassistische zeitschrift

erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F 3,50 €



Postvertriebsstück A 12057 F - Gebühr bezahlt 04

Infoladen Leipzig
dataspace
Koburger Str. 3
04277 Leipzig

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstraße 59, HH, 10965 Berlin

INHALT

Die ZAG hat stets Interesse an MitarbeiterInnen und Artikeln aus dem Bereich Antirassismus. Am liebsten sind uns klar strukturierte Artikel mit nicht mehr als 8.000 Zeichen, die auf keinen Fall mit „Seit der Abschaffung des Asylrechts…“ beginnen sollten. Texte bitte einmal auf Diskette im MS-DOS- oder Winword-Format und einmal ausgedruckt an untenstehende Adresse senden. Da die Redaktion sich Überarbeitungen und Kürzungen vorbehält, bitte unbedingt eine Kontaktadresse angeben.

Impressum
ZAG – antirassistische Zeitschrift
Herausgeberin:
Antirassistische Initiative e.V.
in Kooperation mit der
Stiftung Umverteilen! Berlin
AG Afrika
Redaktionsanschrift
ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
fon 030/785 72 81
fax 030/786 99 84
email:
zag@mail.nadir.org
homepage:
http://www.zag-berlin.de
Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
(ARI: 303 96 00)
BLZ: 100 205 00
Erscheinungsweise: vierteljährlich
V.i.S.d.P.
Peter Finger
Layout
face it!
Titel
face it!
Druck
EinDruck Berlin

Redaktionsschluss
für die nächste Ausgabe: 31. 03. 2002
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.04.01

Wir haben die Seite gewechselt!

Wir können nicht anders! Und besser geht's uns jetzt endlich auch damit! Wir reihen uns ein in die Phalanx der Bewunderer. Das gab's wirklich lange nicht mehr. 2 Kriege (in Worten zwei) innerhalb von knapp drei Jahren und WIR haben an vorderster Front mitgemischt! Und der nächste Waffengang zeichnet sich auch schon ab. Vielleicht endlich mit authentisch deutschem Piff-Paff und richtigen von UNS gemachten Leichen. Das hätte der Dicke aus Oggersheim seinerzeit nie geschafft! Jedenfalls nicht so reibungslos. Musste der sich doch mit irgendwelchen Krakeelereien bezüglich Humanismus, Menschenrechte und ähnlichem Gesumse herumschlagen, wenn er beim Ordnung schaffen – z. B. unserem türkischen NATO-Partner – kleine Unterstützungen angedeihen lassen wollte. Was ihm immer verwehrt blieb, die wahre Integration der Nation im Stahlgewitter, gereift endlich zur Vollendung. Das nächste grüne Parteitagsmotto: unsere Zukunft im Zeichen von Humanismus, Pazifismus und Krieg. Und bloß keine Bescheidenheit! Denn ohne die bewundernswerten Leistungen dieser Partei mit ihrem wirklich erstaunlichen Herrn Fischer wäre das alles wirklich nicht so locke möglich gewesen.

Ein wenig traurig ist es zwar, dass die Regierungs-tageszeitung immer noch Relikte von unsolidarischer Berichterstattung enthält, aber zum Glück hat sie so bürgerliche Hemmschwellen, wie sie die Frankfurter Rundschau noch plagen, längst hinter sich gelassen und hat's nicht mehr nötig in ihrer Kriegsberichterstattung auf die Zensur der Informationen hinzuweisen. Sehr wacker, das ist der richtige Weg dem großen Konkurrenten, schräg gegenüber in der Kochstraße, das Wasser abzugraben.

Endlich sind wir auch im Zug der Ratten, die der Pfeife des Fischers vom Außenministerium begeistert folgen – von einem Gemetzel ins nächste, Hauptsache andere sterben. Diese ewiggestrige, miesmacherische Fragerei, was denn eigentlich unsere lieben Waffenbrüder so von dem üblen Feindespack unterscheidet, ist doch schon der Ansatz zur Bildung einer terroristischen Vereinigung. Wehret den Anfängen! Das muss konsequent verfolgt werden! – Wird es zum Glück auch. Das Pädagogenpack wird für sowas vom Dienst suspendiert.

Doch große Gefahr dräut auch aus der Hauptstadt. Haben dort jetzt doch die Schwulen und Kommunisten das Sagen! Der Nation stockt der Atem. Die sorgsam über Jahrzehnte durch die CDU aufgebaute und prosperierende Wirtschaft Berlins wird nun dem verderbten Wirken der Rotfront ausgeliefert sein.

Ein wenig Beruhigung verleiht da nur die Gewissheit, dass diese supergefährlichen RZ-Verdächtigen nun schon über 2 Jahre in U-Haft hinter Schloss und Riegel sitzen. Und die sind ja sowas von heimtückisch. Bringen die doch mit bösartigen Tatsachen immer wieder die arme Bundesstaatsanwaltschaft in peinliche Situationen. Und die Glaubwürdigkeit des heldenhaften Kronzeugen der Anklage ist inzwischen auch irgendwie abhanden gekommen. Da ist es schon beruhigend, dass solche Kinkerlitzchen wie fehlende Beweise in so einem Prozess keine große Rolle spielen.

Und eine weitere große Last fiel der Redaktion vom Herzen. Die K-Frage ist nun keine mehr. Sehen wir frohgemut einer neuen Phase der nationalen Erneuerung entgegen. Da erwartet uns doch ein Wahlkampf, der endlich wieder mit klaren Worten unserer orientierungslosen Jugend Werte und Ziele vermittelt. Herr Schill aus Hamburg hat seinem rechtslastigen Pendant aus dem tiefen Süden schon vollste Unterstützung signalisiert. Da wird jetzt nicht mehr drumrumgeredet und sich in Euphemismen ergangen. Jetzt geht's wieder um Asylbetrüger und Arbeitsverweigerer. Als politische Unterstützung im Wahlkampf unseres Favoriten, legen wir ihm die Forderung nach Ausbau des deutschen Afghanistan-Kontingents auf 4 Millionen nahe. Lösungen, nicht Flickschusterei – gerade in der Beschäftigungspolitik!

Klarheit und Wahrheit

Eure ZAG-Amigos

Seit der ZAG 39 werden wir unterstützt durch die Stiftung Umverteilen! Berlin, AG Afrika

Freiheit für Mumia Abu-Jamal Jetzt erst recht!

Presseerklärung des Bundesvorstandes der Roten Hilfe e.V. zur Entscheidung von Richter Yohn im Falle Mumia Abu-Jamal

Am 18. Dezember 2001 entschied Bundesrichter Wilhelm Yohn in Philadelphia, den Antrag Mumia Abu-Jamals auf Überprüfung der verfassungsmäßigen Rechtmäßigkeit seiner Inhaftierung, den Habeas-Corpus-Antrag, in fast allen Punkten abzulehnen. Bis auf einen einzigen Punkt mit allerdings weitreichenden Folgen: Er hat das Todesurteil vorläufig aufgehoben und die Umwandlung in eine lebenslängliche Haftstrafe in Aussicht gestellt.

Er hat weiterhin angeordnet, dass eine neue Jury innerhalb von 180 Tagen darüber befinden muss, ob Mumia Abu-Jamal erneut zum Tode oder „nur" zu lebenslänglich, einer Hinrichtung auf Raten, verurteilt wird. Kommt innerhalb dieser 180 Tage kein neuer Geschworenenspruch zu Stande, lautet die Strafe automatisch lebenslänglich. Sowohl Staatsanwaltschaft, wie auch Verteidigung haben bereits angekündigt, Berufung einlegen zu wollen.

Seit nunmehr 20 Jahren sitzt der afroamerikanische, politische Gefangene Mumia Abu-Jamal nachweislich unschuldig in der Todeszelle. Er wird beschuldigt, den Policeofficer Daniel Faulkner ermordet zu haben. Seitdem kämpft Mumia Abu-Jamal um sein Leben und seine Freiheit, unterstützt von Millionen Menschen weltweit. Sogar einige nationale Parlamente und ParlamentarierInnen unterstützen ein Wiederaufnahmeverfahren und erst vor wenigen Wochen wurde er zum Ehrenbürger von Paris ernannt.

Mumia Abu-Jamal wurde in einem rassistisch motivierten Verfahren für einen Mord verurteilt, den er nicht begangen hat. ZeugInnen und entlastende Beweise, die seine Aussagen bestätigen, wurden und werden nicht zum Verfahren zugelassen. Ihm wurde das Recht auf Selbstverteidigung nicht zugestanden, ZeugInnen wurden von der Polizei eingeschüchtert und bestochen, die Jury wurde manipuliert.

Mumia ist ein politischer Gefangener in der Todeszelle, ähnlich wie in den 20er Jahren Sacco und Vanzetti, ähnlich den Eheleuten Rosenberg in den 50ern. Diese wurden aus politischen

Gründen hingerichtet. Dies darf nie wieder geschehen.

Aber auch für lebenslängliche Haft auf Grund politischer Betätigung gibt es reihenweise Beispiele, nicht nur in den USA. Erwähnt sei hier nur beispielhaft der Aktivist des American Indian Movement Leonard Peltier.

Allen gemeinsam ist das „Verbrechen“, politisch gegen das System in den USA gekämpft zu haben. Mumia Abu-Jamal kämpfte als Journalist u.a. gegen rassistische Polizeirepression. Zu Beginn seiner politischen Tätigkeit trat er der revolutionären Black Panther Party bei. Heute arbeitet er z.B. mit der Gruppe „Move“ zusammen oder verfasst politische Kolumnen für Tageszeitungen rund um den Globus.

Hintergrund seiner fortdauernden Inhaftierung und der immer noch bestehenden Möglichkeit seiner legalen Ermordung ist seine fortdauernde politische Aktivität - auch aus der Todeszelle heraus. Die Herrschenden haben es bisher nicht geschafft, die „Stimme der Stimmlosen“ zum Schweigen zu bringen. Nun soll er – wenn schon nicht hingerichtet – lebenslänglich begraben werden.

Die Rote Hilfe e.V. wird, wie viele andere Menschen und Organisationen weltweit, diese Entscheidung nicht akzeptieren und den Kampf für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal fortsetzen.

Der Versuch, durch diese Entscheidung die Solidaritätsbewegung zu spalten, darf nicht aufgehen.

Wir fordern daher alle demokratisch gesinnten Menschen und Organisationen auf, mit noch lauterer Stimme die Forderung nach Freiheit für Mumia Abu-Jamal und allen anderen politischen Gefangenen zu erheben.

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. am 26.12.2001

Rote Hilfe e.V.
Bundesvorstand
Postfach 3255, 37022 Goettingen
Tel: 05 51-7 70 80 08,
Fax: 05 51-7 70 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de

„ReachOut"

Beratung und Bildung gegen Rechtsextremismus und Rassismus - Eine Einrichtung, die es nicht geben dürfte

Am 15. November 2001 stellte sich ReachOut mit einem Tag der offenen Tür vor.
ReachOut ist die Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Berlin. Neben der Beratung von Betroffenen und deren Angehörige und FreundInnen ist ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit die Bildungs- und Informationsarbeit über Rechtsextremismus und Rassismus. ReachOut wird durch das Civitas-Programm finanziert. Vor allem die mehr als vierzig kooperierenden Projekte, FreundInnen und UnterstützerInnen und die Medien waren eingeladen, kritische Fragen zur Arbeit von ReachOut zu stellen.
Den Abschluss des Tags der offenen Tür und den Höhepunkt des Programms bildete ein Auftritt der Musikerin Stella Chiweshe aus Zimbabwe und eine Lesung von Ekpenyong Ani vom Orlanda Frauenverlag, die Gedichte von May Ayim las. Mit diesem Kulturprogramm sprachen die VeranstalterInnen ihren Dank für die bisherige Unterstützung aus.
Zu Beginn stellte Brigitta Gabrin, Moderatorin des Radios Multikulti die Mitarbeiterinnen des Projekts und deren Konzeption vor. Manche könnten auch der Meinung sein, dass es eigentlich genug solcher Projekte gäbe, warum also ein weiteres Projekt? Was macht die Besonderheit dieses Projektes aus? Zur Verdeutlichung des Umfangs rechtsextremistischer Gewalt nannte sie die Zahlen des Landeskriminalamtes Berlin. Für das Jahr 2000 zählte das LKA 325 als rechtsextrem eingestufte Straftaten. Für Gesamtsdeutschland wurden 15.951 gezählt. Das bedeutet gegenüber 1999 einen Anstieg um fast 60%. Obwohl diese Zahlen nur die Spitze des Eisberges darstellen, sprechen sie eine deutliche Sprache. Die unterschiedlichen Kriterien für die Erfassungen rechtsextremer Straftaten durch die Landeskriminalämter wurde in den Medien kritisiert. Während beispielsweise die Dokumentation der Frankfurter Rundschau und des Tagesspiegel belegt, dass seit der Wiedervereinigung alleine 97 Todesopfer rechter Gewalttäter gezählt werden mussten, spricht die Bundesregierung gerade von 38 Todesopfern. Inzwischen sollen die Zählweisen durch eine Reform der Erfassungskriterien angeglichen worden sein.
Brigitta Gabrin betonte, dass es nicht genug Projekte geben könne, die ihre Arbeit an den Bedürfnissen der Opfer und der potenziellen Opfer dieser Gewalttaten ausrichten. Das Besondere an der Beratungsstelle ReachOut ist nicht nur, dass sie konsequent auf der Seite der Betroffenen rechtsextremistischer Gewalt steht, sondern auch sich nicht ausschließlich an eine bestimmte Gruppe von potenziell Betroffenen wendet. ReachOut wendet sich an alle. Dazu gehören außer Juden und Jüdinnen, MigrantInnen, Flüchtlingen und schwarzen Deutschen, auch sozial benachteiligte Menschen, alternative Jugendliche, Lesben und Menschen mit Behinderungen.
Betroffene, deren Angehörige und Freunde können die Beratungsstelle aufsuchen. Oft ist es jedoch sinnvoller, die KlientInnen zu Hause aufzusuchen, besonders dann, wenn die Angriffe im eigenen Wohnumfeld stattfinden. Und leider ist es auch immer wieder notwendig, Betroffene nach einem Angriff zuerst im Krankenhaus zu besuchen.
Im Mittelpunkt der Beratung von ReachOut steht die Stärkung der Betroffenen in ihrer Handlungsautonomie, ihrer Entscheidungskompetenz und damit in ihrem Selbstwertgefühl.
Konkret umfassen die Beratungsangebote von ReachOut:

- Unterstützung bei der Bewältigung der Gewalterfahrung,
- Klärungshilfen,
- psychosoziale Beratung,
- Vermittlung therapeutischer Angebote oder Maßnahmen zur Rehabilitierung bei Traumatisierungen,
- Aufklärung über juristische Möglichkeiten nach einem Angriff oder einer Diskriminierung (Anzeige, Nebenklage etc.),
- Unterstützung bei der Suche nach RechtsanwältInnen,
- Informationen über Möglichkeiten finanzieller Unterstützung (Prozesskostenhilfe, Schadensersatzansprüche,
- Begleitung zu Polizei, Behörden, ÄrztInnen,
- Unterstützung bei der Vor- und Nachbereitung von Gerichtsverfahren und
- Begleitung zu Gerichtsverfahren,









- Vermittlung von Beratungsstellen bei aufenthaltsrechtlichen Problemen.

Mit der Unterstützung der unmittelbar und der potenziell Betroffenen und deren Angehörigen ist es nicht getan. Ein zweiter Bereich der Arbeit von ReachOut ist die Bildungs- und Informationsarbeit. Hier bietet ReachOut an:

- Seminare und Fortbildungen,
- konzeptionelle Beratung für Organisationen und Initiativen,
- Informations- und Diskussionsveranstaltungen über Möglichkeiten der Unterstützung von Betroffenen,
- Vermittlung von Kontakten zu anderen Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind,
- Vermittlung von ReferentInnen.

In diesem Bereich kooperiert ReachOut eng mit den beiden Mobilen Beratungsteams in Berlin, dem „mbr – mobile beratung gegen rechtsextremismus“ des Zentrums für Demokratische Kultur und dem Mobilen Beratungsteam von Ostkreuz-Netzwerk /SPI.

Hochgestecktes Ziel des Projektes ist es, sich selbst überflüssig zu machen. Das wäre dann der Fall, wenn eine gleichberechtigte Teilnahme aller Menschen am gesellschaftlichen Leben unabhängig von ihrem Aussehen und ihrer Herkunft, ihrer sexuellen oder religiösen Orientierung Selbstverständlichkeit geworden ist. Wenn Orte nicht mehr gemieden werden müssen, weil sie bekanntermaßen von Rechten beherrscht sind, öffentliche Verkehrsmittel nicht mehr mit Angst bestiegen werden, weil dort immer wieder mit Angriffen gerechnet werden muss und wenn rassistische und rechte Schläger an keinem Ort mehr damit rechnen können, dass ihre Taten konsequenzlos bleiben.

Das Civitas-Programm

ReachOut ist eine von insgesamt acht Einrichtungen für Opfer rechtsextremer Gewalt in Berlin und den neuen Bundesländern, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Civitas-Programms („Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern") gefördert werden. Das Civitas-Programm wurde als eine der wenigen praktischen Konsequenzen aus dem sogenannten Antifa-Sommer 2000 initiiert. Alle ostdeutschen Bundesländer und Berlin erhielten darüber u.a. die Finanzierung von Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt und Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus. Mehr als 270 Anträge wurden bereits bewilligt.

Mit der entschiedenen Einnahme der Perspektive der Betroffenen rechtsextremer Gewalt stellt das Civitas-Programm mit seiner Förderpraxis tatsächlich eine Neuerung dar. Wurden in der Vergangenheit die Täter in den Mittelpunkt von Aktivitäten und Förderungen gestellt, mit dem Ergebnis, dass den Rechten in den neuen Bundesländern unter dem Label „Aggression und Gewalt" eine nahezu

eine gleichberechtigte Teilnahme aller Menschen am gesellschaftlichen Leben Selbstverständlichkeit geworden ist.

perfekte Infrastruktur finanziert wurde, rücken jetzt die Betroffenen ins Blickfeld. Auch wenn bisher keine zuverlässigen Mittel und Methoden gefunden wurden, die dem Vormarsch der Rechten Einhalt gebieten könnten, gibt es eine weitere Möglichkeit Aktivitäten dagegen zu organisieren.
Eine berechtigte Kritik an dem Programm ist, dass es sich nur auf die sogenannten neuen Bundesländer konzentriert und damit dem weit verbreiteten Irrtum Vorschub leistet, dass Rechtsextremismus ein Problem auf dem Gebiet der ehemaligen DDR darstellt. Andererseits ist es eine Tatsache, dass in vielen ostdeutschen Städten wenig bis keine Infrastruktur vorhanden ist, auf die sich von rechtsextremer oder rassistischer Gewalt oder Diskriminierung Betroffene beziehen können.
Anetta Kahane von der Amadeu-Stiftung, die u.a. mit der inhaltlichen Begleitung der durch Civitas geförderter Projekte betraut wurde und entscheidend bei der Auswahl der Anträge mitwirkt, betonte am Tag der offenen Tür bei ReachOut, dass mit einer Verdoppelung der Mittel für das nächste Jahr zu rechnen sei. Das bedeute nicht, dass die vorhandenen Projekte besser ausgestattet würden, sondern dass mehr Projekte finanziert werden sollen. Informationen über das Programm und Anträge können abgerufen werden über: www.jugendstiftung-civitas.org.

ReachOut ist zu erreichen:
Köpenicker Straße 9
10997 Berlin
Telefon: 030/ 695 68 339
Fax: 030/ 695 68 346
email: info@reachoutberlin.de .

**gegen leberwurstgrau –
für eine bunte republik**

talk – talk – sh
den bla – bla –

zu besonderen anlässen
und bei besonderen ereignissen
aber besonders
kurz vor
und kurz nach den wahlen
sind wir wieder gefragt
werden wir wieder wahrgenommen
werden wir plötzlich angesprochen
werden wir endlich einbezogen
sind wir auf einmal unentbehrlich
werden wir sogar
eingeflogen
auf eure einladung versteht sich
als „liebe ausländische mitbürgerInnen"
ohne bürgerechte natürlich
als migrantinnen
aus aller herren länder
als experten in sachen rassismus
als „betroffene"

die show ist aus

wir gehen nach haus

zusammen mit aktivistInnen und politikerInnen
mit prominenten und engagierten
diskutieren analysieren debattieren wir
über
forderungen protestaktionen appellationen
in diskussionen hearings talkshows
auf dem podium im forum oder plenum

und dann – was dann

die forderungen
werden sauber
aufgelistet
die listen

ow für kampf

werden sauber abgeheftet
und sicherlich
und zuverlässig
an die entsprechenden stellen
mit den wirklich
zuständigen leuten
weitergeleitet

und dann – was dann

die show ist aus
wir gehen nach haus

die engagierten fühlen sich erleichtert – zum teil
die betroffenen fühlen sich verarscht – total

die „lieben ausländischen mitbürgerInnen"
weiterhin ohne bürgerrechte versteht sich
sind wieder die „kanacken" von nebenan
die schwarzen- oder wie auch immer
bindestrich-deutschen
sind wieder die „neger"
von ganz weit weg
wir sind wieder diejenigen
die die weißmacher der geschichte
schon gestern über- sahen
oder ent- deckten
beschrieben definierten belehrten

in gebrochenem d/eut/sch
auf der straße
oder in höchst abstrakten studien
v-e-r-w-i-s-s-e-n-s-c-h-a-f-t-l-i-c-h-s-t-e-r- sprache
stets wird uns geduldig erklärt
wo es langgeht
warum
I N T E G R A T I O N
groß geschrieben wird
warum und wie
wir unterdrückt sind
warum und wie und wann
wir uns befreien müssen
warum und wie und wann und wo und überhaupt

das braucht nicht viele worte
und nicht viel platz
nein wirklich nicht

die linksalternative tageszeitung – die sogenannte
braucht z. b. nur etwa zwei seiten für internationales
im vergleich zu etwa sieben seiten für deutsch-deutsches
die sogenannte boulevardpresse
zitat: „ deutschland in freiheit das ist unser auftrag"
schafft ihn noch schneller
noch kürzer
noch prägnanter
noch spannender
den nord-süd-monolog

das braucht nicht viele worte
nein wirklich nicht
deshalb werden wir auch selten gefragt
außerdem ist eh kein platz
wobei wir natürlich weiterhin unentbehrlich sind
zumindest bei besonderen anlässen
oder bei besonderen ereignissen
ganz bestimmt aber
kurz vor den nächsten wahlen
wird man sich wieder an uns erinnern
müssen wir unbedingt wieder dabei sein
dürfen wir wieder betroffenheit bekunden
müssen es sogar
sollen sogar
forderungen formulieren
und so richtig auf die pauke hauen
oder wenigstens ein lied singen

wieder betroffenheit bekunden

gegen leberwurstgrau für eine bunte republik
jedoch
die „lieben ausländischen mitbürgerInnen"
obwohl oder weil
noch immer ohne bürgerrechte
schmücken sich für ihre eigenen feste
und auch die schwarzen-
oder sonstwie bindestrich-deutschen
kommen nicht mehr weil sie eingeladen werden
sondern nur noch
wenn sie selber wollen
sie werden langsam frech
so´n pech
ein glück!

May Ayim 1990, erschienen in „blues in schwarz weiss",
Orlanda Frauenverlag

Freispruch für Routinemisshandlung

Der Freispruch für den Glasmoor-Schließer Hartmut H., der sich vor Gericht wegen Misshandlung eines Flüchtlings zu verantworten hatte, wurde mit der Begründung „Im Zweifel für den Angeklagten" erteilt. Auch der Richter hielt es in seinem Schlusswort nicht für ausgeschlossen, dass es der Corpsgeist der Bediensteten des Abschiebeknastes war, der belastende Aussagen gegen einen Kollegen unmöglich machte und somit über die Wahrheitsfindung siegte.

Schon im Frühjahr diesen Jahres begann der Prozess gegen Hartmut H. wegen Körperverletzung im Amt. Ein Jahr zuvor wurde der Algerier Emene K. im Abschiebegefängnis Glasmoor in Norderstedt so schwer misshandelt, dass er unter anderem einen Jochbeinbruch erlitt. Dies ist bei weitem nicht der erste Übergriff, den es in Glasmoor gegeben hat. In den wenigen Fällen jedoch, in denen Abschiebegefangene den Mut hatten, Anzeige zu erstatten, wurden unliebsame Prozesse verhindert, indem die Flüchtlinge vor ihrer Zeugenaussage abgeschoben wurden. Erstmalig sollte nun ein solcher Vorfall gerichtlich verhandelt werden, der erste Prozesstermin dauerte jedoch nicht mal eine halbe Stunde. da die Verteidigung beanstandete, dass der Misshandelte und Nebenkläger Emene K., der inzwischen aus der Abschiebehaft entlassen worden war, nicht persönlich vor Gericht erschien, sondern sich von seiner Anwältin vertreten ließ.

„Das bringt der Beruf mit sich" erklärte H., „da muss man auch mal zupacken."

Ein halbes Jahr später, am 27. 9. sah die Lage schon anders aus. Emene K., der inzwischen wieder von Abschiebung bedroht ist, sagte gegen H. aus und belastete ihn schwer. Dem; nach seiner Suspendierung noch immer beurlaubten Schließer H. wird vorgeworfen, am 1. 3. 2000 den Gefangenen Emene K. gegen den Türpfosten eines Gittertors geworfen zu haben. Neben der Jochbeinfraktur erlitt der Flüchtling einen Zungenriß, mehrere Schürfwunden und Prellungen.
„Da hat es schon Schlimmeres gegeben", kommentierte Hartmut H. seinen Übergriff auf Emene K. freimütig. Das wäre ein Routinefall gewesen. Drei- bis viermal im Monat käme es vor, dass er „unmittelbaren Zwang" bei einem Häftling anwenden müsse. „Das bringt der Beruf mit sich" erklärte H., „da muss man auch mal zupacken."
Die nötigen Tricks bekommen die Schließer in Glasmoor von einem Kollegen der sich mit Kampfsport auskennt.
Nach H.'s Version habe sich Emene K. aus seinem Griff befreien wollen. Bei dem Versuch, ihn erneut zu fixieren, sei es zu dem Zusammenstoß mit dem Gitter gekommen. Als die Nebenklägerin dazu nähere Angaben vom Angeklagten erfragte, schnitt der Verteidiger seinem Mandanten mit der Bemerkung „Ach was, das müssen sie gar nicht beantworten" unwirsch das Wort ab.
Auch wenn der Angeklagte selbst die Möglichkeit sieht, dass die Kollision mit dem Gitter den Jochbeinbruch verursachte, sagt er über das Geschehene lapidar :" Der Vorfall ging nicht über das Übliche hinaus."
Was in Glasmoor üblich ist, dürfte damit geklärt sein.

„Wenn der Kollege H. etwas sagt, wird es auch gemacht."

Emene K. sagte zu dem Übergriff mit Hilfe eines Dolmetschers aus, er sei von dem Angeklagten mehrmals mit der geschlossenen Faust zu Boden geschlagen und wieder aufgehoben worden.
„Ich versuchte meinen Kopf mit den Armen zu bedecken. Ich dachte er würde aufhören aber er hat nicht aufgehört", beschrieb Emene K. die Misshandlungen. Daraufhin sei er gegen das Gitter gestoßen worden.

Auch der am betreffenden Tag diensthabende Krankenpfleger W. unterstrich in seiner Aussage als Augenzeuge deutlich seinen Eindruck, der Schließer H. habe den Gefangenen mutwillig mit voller Wucht aus dem Lauf heraus gegen das Gitter geworfen. „Wir waren beide schockiert",

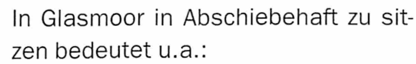
sagt er über sich und einen Kollegen, mit dem er nach dem Vorfall den Boden um das Gitter nach eventuell ausgeschlagenen Zähnen abgesucht hatte.
Zu dem Angeklagten befragt, berichtete er, H. sei „ein Schrank, groß, laut und jähzornig." Schon „verbal äußerst gewaltbereit", drohe er „mit jedem zweiten Satz Ärger an". Der Krankenpfleger bezeichnete H. als Autoritätsperson unter seinen Kollegen, der in der Anstalt auch als „Gott" betitelt werde, und fasste abschließend zusammen: „Wenn der Kollege H. etwas sagt, wird es auch gemacht."
So war es vielleicht auch nicht verwunderlich, dass die vier folgenden als Augenzeugen vernommenen Schließer entweder die Aussage ihres Vorgesetzten H. fast wortgleich bestätigten oder aber angaben, nichts gesehen zu haben.
„Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus", beschrieb die Knastpastorin im Zeugenstand den Corpsgeist unter dem Wachpersonal. So wurde ihr zugetragen, dass, nachdem klar wurde, dass den Misshandlungen diesmal disziplinarrechtliche Konsequenzen folgen würden, im Gefängnis ein eiligst einberufener Krisenstab unter dem Motto „jetzt wird dicht gehalten" tagte.

Der Verteidiger, der ein Faible dafür hatte, unliebsame ZeugInnen mit skandalösen Beleidigungen zu attackieren, versuchte dem Krankenpfleger W. als Hauptbelastungszeugen die Glaubwürdigkeit zu nehmen, indem er ihm bescheinigte, er sei krankhaft in Bezug auf eine sachliche Wahrnehmung. Er habe Aversionen gegen den Strafvollzug.
Der Pastorin hingegen warf er vor : „Sie erzählen doch nur Märchen hier."
Bei dem Nebenkläger Emene K. passiert es ihm gar, diesen einmal als Angeklagten zu betiteln und sagt über dessen Aussage in seinem Abschlussplädoyer:
„...Natürlich weiß man, dass aus diesen Ländern, wie das aus dem der K. kommt, gewisse Übertreibungen eine Rolle spielen. Das berücksichtigen wir ja schon."

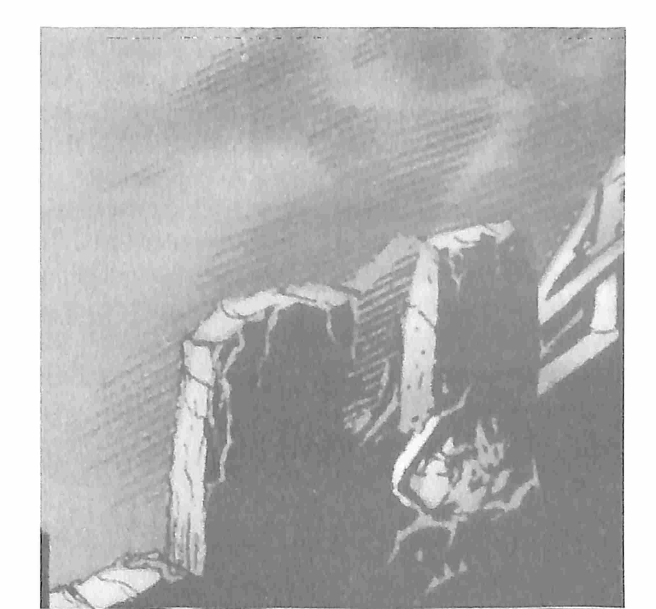
Das Emene K. zu keinem Zeitpunkt ernstgenommen wurde, bewies sich nicht nur im Richterspruch. Am Ende des ersten Prozesstages empfahl Richter Schwarz der Nebenklägerin, ihr Mandant könne doch in Zukunft der Verhandlung fernbleiben, da er sich hier ja doch nur langweile.
Als die Nebenklägerin berichtete, Emene K. sei im UG Holstenglacis, wo er derzeit einsitzt, angedroht worden, in eine Zelle im Keller voller Ratten und Schmutz verlegt zu werden, weil er die Angelegenheit vor Gericht gebracht hat, wusste der Vorsitzende über diese Ungeheuerlichkeit lediglich zu bemerken: „Jetzt kommen Sie ja erst mal nach Neumünster, da gibt es keine Ratten."
Emene K. und alle Flüchtlinge ohne deutschen Pass sind nach den Asylgesetzen innerhalb der Festung Europa ohne Rechte. Sie werden auch weiterhin angegriffen und ihrer Menschenwürde beraubt, nicht nur auf der Straße, sondern von Polizei, Schließern und Grenzbeamten.
Dass gewalttätige Beamte von der Justiz nicht bestraft, sondern geschützt werden, ist kein Zufall, sondern Ausdruck des menschenverachtenden Normalzustands dieses rassistischen Systems.

Keinen Frieden der Abschiebemaschinerie

fantifa norderstedt



In Glasmoor in Abschiebehaft zu sitzen bedeutet u.a.:
-Unterbringung in Sechs-Bett-Zellen a 27 qm
-lediglich alle 14 Tage eine Stunde Besuchszeit
-mangelnde ärztliche Versorgung ohne DolmetscherInnen
-fehlende psychologische Betreuung für z.B traumatisierte Flüchtlinge
-die Insassen können sich mit dem Gefängnispersonal kaum verständigen
-alle Anweisungen werden in Amtsdeutsch vorgetragen, ohne Übersetzung
-seit Bestehen des Knastes ist es immer wieder zu Übergriffen und Misshandlungen seitens des Wachpersonals gegenüber den Gefangenen gekommen



Offizielle Erklärung an die Gefängnisleitung

...des Abschiebegefängnisses Glasmoor (Norderstedt, Am Glasmoor 99)

Abschiebungen sind ein brutales Instrument der rassistischen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Sie stehen am Ende der systematischen Entrechtung und Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen.
Um Abschiebungen aus der BRD massenhaft und vereinfacht durchzuführen, werden seit 1992 Spezialknäste gebaut. Abgesehen vom eigentlichen Zweck, die Abschiebung ungestört und von der Öffentlichkeit unbemerkt durchführen zu können, dient die Abschiebehaft der Abschreckung und Disziplinierung aller Migrantinnen und Migranten. In dieser totalen Isolation der Abschiebeknäste kommt es immer wieder zu Aufständen und Widerstandsaktionen der Gefangenen.
Auch im Abschiebeknast Glasmoor in Hamburg protestierten Gefangene wiederholt gegen ihre Inhaftierung und drohende Abschiebung und weigerten sich beispielsweise, nach dem Hofgang in ihre Zellen zurückzukehren.

Im Oktober 2001 kam es wieder zu einem Hungerstreik

Im Juli 2001 traten zwanzig Gefangene in einen Hungerstreik, der sich einmal gegen die Haftbedingungen richtete, in dem sie aber auch ihre Freiheit forderten und gegen die Inhaftierung protestierten. Im Oktober 2001 kam es wieder zu einem Hungerstreik, innerhalb dessen fünf Gefangene eine gemeinsame Erklärung veröffentlichten:

Wir, die Gefangenen aus Zelle 6, traten am Abend des 16. Oktobers 2001 in Hungerstreik, weil wir zu dem Schluss gekommen sind, dass die Gesundheit und die Schicksale der inhaftierten Personen dem bürokratischen System zutiefst gleichgültig sind, dass das Leben des einzelnen Menschen hier keinerlei Wert hat. Es wurde nichts unternommen, weder ein einziger Versuch, unser Problem zu lösen, noch eine ernsthafte Bemühung.
Es zeigt sich immer und immer wieder, dass in Hamburg im Unterschied zu den „Bürgern" (Staatsbürgern) die Ausländer als Menschen zweiter Klasse behandelt werden, für die

...werden wir weiter protestieren mit Aussagen über die Verhältnisse unserer unrechtmäßigen Behandlung

man auch gegen die Internationalen Menschenrechte verstoßen kann.
Wir erklären, dass, wo immer wir auch sein werden, werden wir weiter protestieren mit Aussagen über die Verhältnisse unserer unrechtmäßigen Behandlung, erst recht mit einer Klage beim Gericht der obersten Instanz bis hin zum Gericht für die Menschenrechte in Straßbourg, denn vorläufig wiederfährt uns keine Gerechtigkeit.
Eine Kopie des gesamten Dokuments wird an die Presse übergeben.
Wir, die Gefangenen der Zelle 6, befinden uns ohne Grund in Gefangenschaft unter dem Vorwand, Möglichkeiten zu verheimlichen, von den offiziell Verantwortlichen.
Alle Richter verhängen Gefängnisstrafen im 5-Minuten-Takt, ohne die Möglichkeit zur Verteidigung zu gewähren; im besonderen der Richter B., der auf alleinigen Wunsch der Ausländerbehörde Gefängnisstrafen erteilt.
Wir erklären unseren Hungerstreik, um ausführliche Antworten auf folgende Fragen zu erhalten:

1. Aus welchem Grund werden Gefängnisstrafen verhängt für nicht geschehene Verbrechen?
2. Warum befinden sich Leute in Gefangenschaft, die keine öffentliche Gefahr darstellen?
3. Warum werden in einem demokratischen Staat für ein Verbrechen doppelte und dreifache Strafen erteilt?
4. Warum haben die Menschen, die eingesperrt sind und auf ihre Abschiebung warten müssen, nicht einmal das Recht auf Verteidigung?
5. Warum werden gerichtliche Konventionen und Gesetze verletzt (von den Richtern)?
6. Warum werden die Persönlichkeiten der Gefangenen nicht in Betracht gezogen, nicht die Begleitumstände (familiäre Verhältnisse, Krankheit und dergleichen)?
7. Warum stellen die Richter keine Fragen über die Motive angeblich widerrechtlicher Handlungen?

12.10.2001, Hamburg, Norderstedt
Am Glasmoor 99

gez.: Astakhov, Azojan, Vaismanas, A. Meslumian, Kuzmenko

Tungs Revision ist abgewiesen

Am 09.12.2001 jährt sich der Tag, an dem sich Tung gegen einen rassistischen Übergriff zur Wehr setzte, wobei der Neonazi Matthias Förster starb.

Abschiebung Tungs nach Haftstrafe möglich

Tung wurde zu vier Jahren Haft verurteilt. Während des Revisionsverfahrens war Tung die ganze Zeit in Untersuchungshaft. Dagegen wurde eine Haftbeschwerde durch seine Anwältin eingelegt. Der Antrag auf Aussetzung der U-Haft wurde abgelehnt mit der Begründung, dass Fluchtgefahr bestehe. Die Fluchtgefahr wurde aus der „nicht genügenden Verwurzelung" Tungs in Deutschland rassistisch konstruiert. Der Staatsanwalt war sogar der Meinung, dass für Tung angesichts des Rassismus, dem er dann wieder ausgesetzt wäre, Wiederholungsgefahr für die Tat bestehe, wegen der er verurteil worden war (Gegenwehr gegen Rassismus).
Vor einer Woche wurde auch die Revision abgewiesen.

Rassistische Übergriffe sind nach wie vor Normalität.

An dem rassistischen Klima in Bernsdorf hat sich im vergangenen Jahr nichts geändert. Die meisten vietnamesischen Familien hatten den Ort schon im Dezember 00 aus Angst verlassen. Im März diesen Jahres versuchten ca. zehn Bernsdorfer Jugendliche einen Angolaner aus einem fahrenden Zug zu werfen, was nur durch seinen Freund verhindert werden konnte. Niemand in Bernsdorf störte sich an den, sich damit brüstenden Neonazis. Selbst die als „nicht rechts" geltenden Jugendlichen empfanden den versuchten Mord nicht als erwähnenswertes oder als schlimmes Ereignis.
Ende August fand im Bernsdorfer Jugendclub ein Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus statt. Der Kriminaloberkommissar klärte die Jugendlichen, deren Eltern und andere Bernsdorfer Bürger inklusive dem Bürgermeister Eberhard Menzel (PDS) über den Rechtsextremismus auf. Dass einige dieser anwesenden Jugendlichen fünf Monate zuvor nicht zum ersten und bestimmt auch nicht zum letzten mal versucht hatten, einen Menschen umzubringen, interessiert dort allerdings niemanden. Hauptsache man hat mal darüber gesprochen. Der Bürgermeister verdeutlichte den Umgang mit den örtlichen Neonazis, indem er einen mit Reichskriegsflagge geschmückten Jugendlichen väterlich umarmte und ihn als besten Mann in der Freiwilligen Feuerwehr lobte.

Nazis kündigen Trauermarsch an

Für den 09. 12. 2001 ist in der aktuellen Ausgabe des Hoyerswerdaer Nazifanzines „Die Kameradschaft" ein Trauermarsch für Matthias Förster angekündigt. Schon letztes Jahr fand zur Beerdigung ein Trauermarsch mit 300 Neonazis aus der Region (u.a. Dresden) statt. Schon im Vorfeld wehrte sich der Bürgermeister vehement dagegen, dies als Naziaufmarsch zu bezeichnen. „Die Jungs haben mir in die Hand versprochen, dass es ein Trauerzug wird. Die wollen keine Gewalt." (Morgenpost 15.12.2000) So lief er dann auch mit seinen Jungs an der Spitze des Aufmarschs mit.
Wir dürfen gespannt sein, was sich der Bernsdorfer Bürgermeister Eberhard Menzel für den diesjährigen „Trauerzug" überlegt hat.

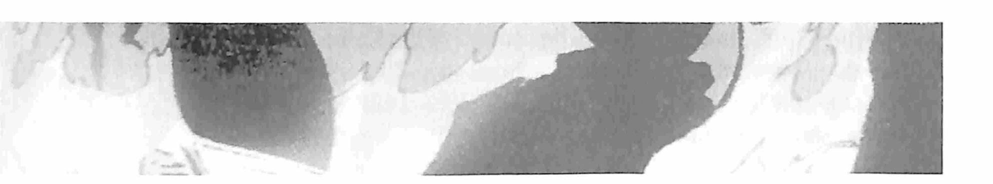
Antirassistische Initiative Dresden
Kein Mensch ist illegal Dresden





Größter Nazi-Aufmarsch in Berlin seit 1945:

Polizei entweiht jüdische Synagoge



Am 28. November 2001 wurde nach über zweijähriger Überarbeitung die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges“ von Jan-Phillip Reemtsma und dem Hamburger Institut für Sozialforschung in den Kunst-Werken in der Berliner Auguststraße wiedereröffnet. Für Samstag den 1. Dezember hatten die NPD und andere rechte Gruppen zu einer Demonstration gegen die Ausstellung und zur „Ehrenrettung“ ihrer Großväter aufgerufen. Im Verlauf des Tages schoss dann die Berliner Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas auf jüdische (und nichtjüdische) DemonstrantInnen, die zum Schutz der Synagoge auf die Straße gegangen waren und entweihte die jüdische Synagoge. Obendrein kam dann noch heraus, dass der Berliner Innensenator Körting sich Wochen zuvor in Geheimabsprachen mit der NPD über den Demonstrationsverlauf geeinigt hatte.

Angekündigt und durch die Presse gegangen war die Demonstration der NPD als die größte faschistische Demonstration in Berlin seit der Zerschlagung des Faschismus in Deutschland. Tatsächlich kamen dann auch etwa 3000 NPD-Anhänger nach Berlin. Die Demonstration sollte durch das Scheunenviertel und die Spandauer Vorstadt in der Nähe des Alexanderplatzes gehen, die Nazis wollten dabei auch an der Synagoge in der Oranienburger Straße vorbeimarschieren. Die Auguststraße, in der die Ausstellung gezeigt wird, ist eine Seitenstraße der Oranienburger Straße.

Das Scheunenviertel war bis zum Holocaust das Zentrum jüdischen Lebens in Berlin. Nordwestlich des Alexanderplatzes beherbergte es vor allem ostjüdische Zuwanderer aus Polen. Diese „Ost-Juden“ waren lange Zeit das bevorzugte Feindbild der Rechtsradikalen aller Couleur. Von der Theorie zur Praxis war es dann nur noch ein kleiner Schritt. Am 5. und 6. November 1923 randalierten die Berliner Faschisten im Scheunenviertel und führten damals das erste Pogrom in Berlin während der Weimarer Zeit durch.

Diese Vor-Geschichte machte viele Berliner und Berlinerinnen äußerst sensibel für die symbolische Bedeutung eines faschistischen Aufmarschs in diesem Teil Berlins. Da der „Aufstand der Zuständigen“, sprich ein Demonstrationsverbot durch die Polizei oder den Innensenat nicht zu verspüren war, rief ein breites bürgerliches Spektrum von Einzelpersonen, Abgeordneten von PDS, SPD und Grünen aus Bundestag und Abgeordnetenhaus, einzelne Betriebsräte und Gewerkschaftsgliederungen, aber beispielsweise auch alle Parteien des Bezirks Mitte (von PDS bis CDU) für 13 Uhr zu einer Gegendemonstration auf. Nicht nur die jüdische Gemeinde, sondern alle DemonstrantInnen und auch die Berliner Medien gingen davon aus, dass die NPD-Demonstration durch die Oranienburger Straße führen würde. Weder Polizei, noch Senat hatten dies dementiert. Führende VertreterInnen der Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde forderten zum zivilen Ungehorsam und zum symbolischen Sitzstreik vor der Synagoge auf.

Gegen 11 Uhr begann am Hacke-

Statt dessen fanden sie sich, von Wasserwerfern nass gespritzt, lediglich in einem Polizeikessel wieder. Unter ihnen 11 von 21 Mitgliedern der Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde in Berlin.

schen Markt schon eine Demonstration gegen die NPD, zu der von unabhängigen antifaschistischen Gruppen aufgerufen wurde. Dies nahm die Polizei zum Anlass, die Oranienburger Straße auf der Höhe der Tucholskystraße vollständig abzusperren. Gegen 12 Uhr war kein Durchkommen mehr zur Auguststraße möglich. Etwa um 13 Uhr befanden sich um die 3000 Menschen vor den Absperrungen, allerdings immer noch in dem Bewusstsein, dort nicht am falschen Platz zu sein, da es ja um den Schutz der Synagoge ging. Die Menge war geprägt durch ihr äußerst unterschiedliches Erscheinungsbild. Junge AntifaschistInnen und Autonome, die sich schon vorher am Hackeschen Markt versammelt hatten, GewerkschafterInnen, evangelische und jüdische Geistliche, vor allem aber viele Menschen, die mit Sicherheit nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei suchten. Gegen 13 Uhr nahm die Polizei das Zerren an den Absperrungen durch einige AntifaschistInnen zum Anlass, mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas die Demonstration Richtung Osten zurückzudrängen. Unter den DemonstrantInnen befanden sich inzwischen etliche Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, die ihr Abschlussgebet vor die Synagoge verlegt hatten. Unbeirrt räumte die Polizei jedoch mit den bei Antifa-Demonstrationen üblichen Mitteln die Straße. Nur dank der scharfen Beobachtungsgabe eines Beamten („Vorsicht, das sind Juden!") wurde einer kleinen Gruppe der Einsatz von Schlagstöcken „erspart". Statt dessen fanden sie sich, von Wasserwerfern nass gespritzt, lediglich in einem Polizeikessel wieder. Unter ihnen 11 von 21 Mitgliedern der Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde in Berlin.

Gegen 14 Uhr beruhigte sich die Situation auf der Oranienburger Straße. Das lag an zwei Personen: Gregor Gysi (PDS) und Christian Ströbele (Grüne) verhandelten mit der Polizeiführung, so dass dem größten Teil der Demonstration der Weg in die Auguststraße gelang. Dort fand dann eine Abschlusskundgebung statt. Andere begleiteten, durch großräumige Absperrungen auf Abstand gehalten, die NPD bis zum Nordbahnhof, wo sie von der Polizei in die S-Bahn gesetzt wurde. Am nächsten Tag konnte man dann erfahren, dass der Innensenator schon Anfang November mit der NPD eine geänderte Demo-Route ausgehandelt hatte. Sie sollte nicht durch das Scheunenviertel und an der Synagoge vorbeiziehen, sondern nur ein kurzes Stück vom Bahnhof Friedrichstraße bis zum Nordbahnhof gehen.

Tatsächlich lassen sich mindestens drei Lehren aus dieser Demonstration ziehen. Zum einen hat sich hier die Doppelbödigkeit des „staatlichen Antifaschismus" gezeigt. Dass die antifaschistischen Gruppen, die sich nicht am „Aufstand der Anständigen" beteiligen, Polizeiprovokationen kennen und fast schon gewöhnt sind, ist nichts Neues. Dass allerdings die bürgerliche Mitte mittels Räumpanzer und Tränengas bearbeitet wird und die Polizei eine Demonstration auflöst, zu der im Grunde vom Senat aufgerufen wurde, das ist neu. Der „staatliche Antifaschismus" hat damit eine neue Qualität erreicht.

Über die Motive des Polizeieinsatzes kann nur spekuliert werden. Klar ist allerdings, dass dies nicht im Sinne der SPD-geführten Senats sein kann, sondern die Polizeiführung am 1. Dezember auf eigene Rechnung gearbeitet hat. Der Innensenator sah sich inzwischen auch gezwungen, sich bei der Jüdischen Gemeinde zu entschuldigen. Er entschuldigte sich allerdings nicht für den Polizeieinsatz, sondern nur für die Desinformation über die Demonstrationsroute der NPD. Auch die Polizei sieht bisher keinen Grund für eine Entschuldigung. Die Krönung war dagegen eine Presseerklärung des Berliner Landesverbandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vom 4. Dezember 2001, in der sie die jüdische Gemeinde aufforderte, sich bei der Polizei zu entschuldigen. Dort heißt es: „Es gibt im Versammlungsrecht noch keine Möglichkeit, bestimmte Orte von Demonstrationen auszunehmen [...] Es gibt aber auch einigen Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde nicht das Recht, sich mit Steinewerfern und anderen Straftätern zu verbünden und diesen Schutz zu gewähren. [...] Eine pauschale Verunglimpfung

Am nächsten Tag konnte man dann erfahren, dass der Innensenator schon Anfang November mit der NPD eine geänderte Demo-Route ausgehandelt hatte.

der Polizei, die nach Recht und Gesetz ihren Dienst versieht, steht den Vertretern der Jüdischen Gemeinde nicht zu. Eine Entschuldigung bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen wäre das richtige Zeichen." (www.gdp-berlin.de) Die Folgerung ist also, dass Jüdinnen und Juden selber schuld sind, wenn sie bei dem Versuch ihre Synagoge vor Faschisten zu schützen, von der Polizei verprügelt werden.

Die zweite Lehre können sich die BerlinerInnen und die PDS ins Stammbuch schreiben. Egal welche Senatorenposten die PDS bei inzwischen geglückten Koalitionsverhandlungen mit der SPD besetzen wird, bedeutet dies nicht einen Umschwung in der Politik. Die PDS ist zwar an der Regierung, nicht aber an der Macht!

Die dritte Lehre, die allerdings ebenso wie die zweite nicht ganz so neu ist, lautet, dass es weiterhin ein mehr oder weniger latenten Antisemitismus in Deutschland gibt. Nach der „Historikerdebatte" in den achtziger Jahren und der damit verbundenen Relativierung des Holocaust, nach Wiedervereinigung und wiedergewonnener militärischer Außenpolitik, nach Martin Walsers Schlussstrich mit der Geschichte in seiner Paulskirchenrede, nachdem Fischer/Scharping/Schröder überall in der Welt ein neues Auschwitz entdecken, kommt jetzt für Juden und Jüdinnen in Deutschland die Zeit, sich wieder entschuldigen zu müssen, wenn sie gegen faschistische Aufmärsche demonstrieren.

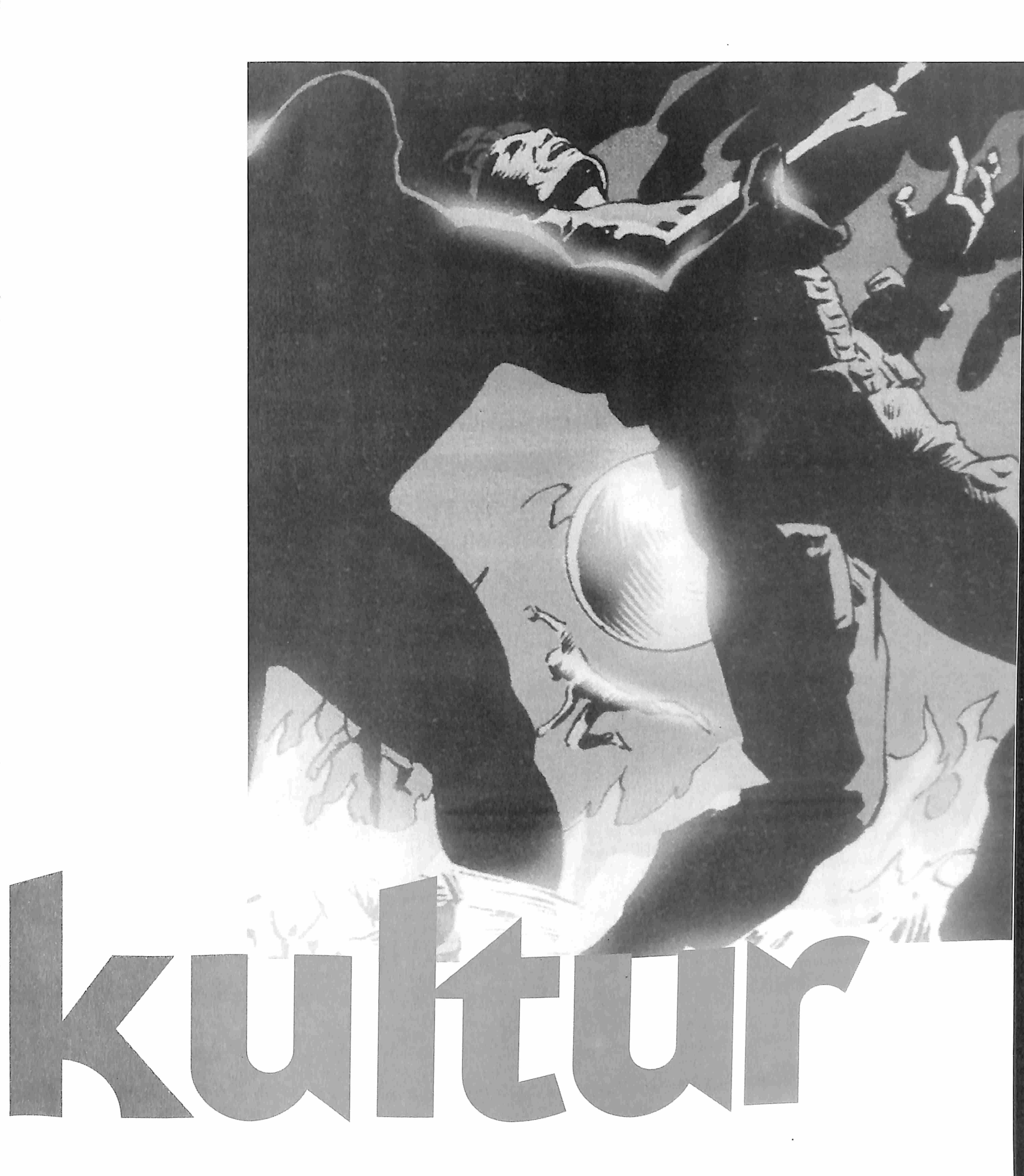
Stefan Müller

Blitz

Das Schockierendste an der Zeit nach dem „Ereignis das die Welt veränderte" war die unglaubliche Geschwindigkeit, mit der der öffentliche Konsens jeden Skrupel fallen ließ. Nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch. Inzwischen hat uns die Normalität wieder, eine Normalität, die sich vor allem für die nicht der deutschen Mehrheitsgesellschaft Zugehörigen stark verändert hat. Standen bisher der Datensammel- und Auswertungsleidenschaft zumindest offiziell ein paar juristische Feigenblättchen entgegen, müssen jetzt derartige kosmetische Rücksichten nicht mehr genommen werden. Auch die tägliche Willkür gegenüber den „Nicht-Deutsch-Aussehenden" hat sich verschärft. Das erhöht die Akzeptanz für den Weg in den Polizeistaat in der Bevölkerung - ein Aufschaukeln mit rassistischem Hintergrund.

Der seit Jahren proklamierte »Kampf der Kulturen« hat nun endlich doch seine praktische Anwendung bekommen. All der Aufwand, diese rassistische Konstruktion gesellschaftlich zu verankern, hat sich als effektiv erwiesen - brav zog die Fernsehnation gleichgeschaltet in den nächsten Krieg.

Wir haben deshalb versucht, einen kleinen Überblick zusammenzustellen, der von der rassistischen Implikation des »Kulturbegriffs« im Verständnis der Kulturkämpfer bis zu den Auswirkungen der Schilyschen Gesetzespakete reicht. Bei letzteren wird sich vermutlich noch das ein oder andere nach Redaktionsschluss verändern, Grundsätzliches vermutlich nicht.



kultur

KAMPF DER KULTUREN

Oder: Wie viele tote Mudschaheddin für einen toten amerikanischen Investmentbanker?

DIE TRÄNEN SIND SALZIG, ÜBERALL AUF DER WELT.

Rachid Boudjera[1]

Seit dem 11. September unterscheidet man wieder zwischen Gut und Böse, werden Opfer wieder gegeneinander aufgerechnet. Hiroshima, Vietnam, Chile, Nicaragua..., lang lang ist's her – und damals gab es noch eine empörte Menschenmasse, die sich in Demonstrationen zusammenschloss und sich offen gegen die amerikanische Politik stellte. Heute heißt die Losung dagegen: uneingeschränkte Solidarität...

Uneingeschränkte Solidarität, obwohl die amerikanische Außenpolitik gekennzeichnet ist durch Verstöße gegen internationales Recht, obwohl Amerika immer wieder internationale Verantwortung zu übernehmen nicht bereit ist (der Welt-Klimagipfel sei stellvertretend für viele andere Beispiele angeführt), obwohl die amerikanische Politik sich an den Interessen der einheimischen Großunternehmen orientiert, obwohl George W. Bush diejenigen entlohnt, die seinen Wahlkampf finanziert haben, und obwohl er die inner-amerikanische Polarisierung vorantreibt, obwohl die Regierungen der USA schließlich zwecks Vertretung ihrer eigenen Interessen eben das gehegt, gezüchtet, finanziert und ausgebildet haben, was sie nun als „Terrorismus" bekämpfen, weil es sich urplötzlich gegen sie selbst richtet...

Wie viele tote Iraker sind notwendig, damit es besser zugeht auf der Welt?

Gleichzeitig Streubomben und Lebensmittelpakete abzuwerfen, ist schlichtweg zynisch. Diese farblich gleich zu halten, spricht mindestens für eine völlig verfehlte Logistik, wenn nicht gar für einen bösartigen Vorsatz.

Bush formulierte dann auch eine – aus amerikanischer Sicht treffende – Definition: „Wer nicht für Amerika ist, der ist für den Terrorismus." Und obwohl dem so ist, werden in Deutschland Erklärungsmodelle gebastelt, die Hysterie und Unsicherheit Vorschub leisten. So lassen sich leicht Wählerstimmen aquirieren. Und so bereitet man gleichsam den Boden vor, auf dem Kriminalität und Extremismus keimen werden...

Aber die Gegenseite spielt das gleiche Spiel: Osama bin Laden, der noch nie in Palästina investiert hat oder dessen Kampf ideell unterstützt hat, instrumentalisiert den Palästina-Konflikt und bestellt sich nun selbst zum Schutzpatron der Palästinenser, da er weiß, dass den Palästinensern innerhalb der gesamten arabischen Welt auf Grund ihrer fatalen Lebenssituation Sympathien – ja: uneingeschränkte Solidarität – sicher sind[2].

Die Attentäter – religiöse Attentäter und verblendete Gefolgsleute – zielten aber mitnichten auf „den Westen" oder „die Demokratien", sondern sie zielten und trafen die amerikanischen Regierungen, die auf ihre Art über Jahrzehnte hinweg „Krieg" führten: mittels ihrer Schulden- und Handelspolitik, die Diktaturen unterstützten und ihre Rüstungsprogramme durchführten. Angegriffen wurde am 11. September Amerika, nicht Europa!

Wenn unsere uneingeschränkte Solidarität den Opfern gilt, so darf diese sich jedoch nicht auf die amerikanischen Opfer beschränken! Vielmehr müssen wir eine ebensolche Solidarität mit den Opfern amerikanischer Politik bezeugen: mit den Opfern im Irak, in Palästina, im Kongo, in Ex-Jugoslavien. Und die Täter müssen verurteilt werden – selbst wenn sie amerikanische Staatsbürger sind. Auf die Frage, was sie dazu sage, dass 500.000 irakische Kinder durch das von Amerika verhängte Wirtschaftsembargo gestorben seien, antwortete Madeleine Albright (ehemalige Außenministerin der Vereinigten Staaten) 1996, dass es sich beim Verhängen des Wirtschaftsembargos zwar um eine schwere Entscheidung gehandelt habe, dass „alles in allem" der Preis aber gerechtfertigt gewesen sei[3]. Die Sanktionen

gegen den Irak gehen weiter – und weiter wird gestorben, was billigend in Kauf genommen wird. Wo liegt der Unterschied zwischen Zivilisation und Barbarei, zwischen der Ermordung von nachweislichen Tätern und unschuldigen Menschen, was bedeuten „Krieg der Kulturen" und „Kollateralschäden"[4]?
Arundhati pointiert: „Die Sophisterei und eigenwillige Algebra grenzenloser Gerechtigkeit: Wie viele tote Iraker sind notwendig, damit es besser zugeht auf der Welt? Wie viele tote Afghanen für jeden toten Amerikaner? Wie viele tote Frauen und Kinder für einen toten Mann? Wie viele tote Mudschahedin für einen toten Investmentbanker?"[5]
Der Angriff Amerikas auf Afghanistan nimmt den Tod ziviler Bevölkerung billigend in Kauf. Und je länger Osama bin Laden nicht dingfest gemacht wird, umso mehr wird ein Held kreiert, dessen Anhängerschaft wächst...
Der von Samuel P. Huntington prognostizierte Kampf der Kulturen[6] wird nach dem Islamwissenschaftler Michael Lüders keineswegs von einem „moralisch angeblich berufeneren Westen"[7] siegreich geschlagen, sondern vielmehr scheitern die Islamisten an ihrer eigenen Unfähigkeit.
Lüders formuliert dies folgendermaßen: „Islamisten sind am erfolgreichsten in der Opposition. Einmal an der Macht beteiligt, verlieren sie schnell ihr heilsgeschichtliches Pathos, ihre Glaubwürdigkeit. Der einzige Ausweg ist Pragmatismus, die „Christdemokratisierung" des Islamismus."[8]
Es scheint, dass die Fundamentalisten mit dem Establishment zusammenarbeiten müssen, wenn sie nicht lediglich im Untergrund agieren wollen und damit wenig politisch einflussreich sind – wie beispielsweise die FIS (Front islamique pour le salut – Islamische Heilsfront) in Algerien. Sowohl die Hamas als auch die Hizbullah oder die Muslimbrüder in Ägypten haben letztlich diesen Kurs eingeschlagen.[9]
Auch der bekannte Journalist Akbar Gandji hält den Fundamentalismus für ein obsoletes Phänomen. Während einer Konferenz äußerte er, das iranische Staatsoberhaupt Khomeini werde im Museum verschwinden[10]. Und hinsichtlich der Zukunft seines Landes konstatierte er, dass die Zukunft die zivile Gesellschaft sei; daran zu arbeiten habe man noch über Jahre, aber letztendlich gebe es keinen anderen Weg.[11]

Woher rührt jedoch der vielbeschworene „Kampf der Kulturen"? Sicherlich sind Ignoranz seitens des Westens hinsichtlich des Islams und dessen Zielen, aber ebenso sehr ein verzerrtes Bild vom Westens auf Seiten der muslimischen Welt hierfür verantwortlich.
Das Bild der Muslime von Europa ist geprägt von einer ursprünglich verklärenden Sichtweise, die den ägyptischen Gelehrten Rifa`a al-Tahtawi[12] das Paris der Zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts folgendermaßen beschreiben lässt: „Nach längerem Nachdenken über die Sitten und die politischen Verhältnisse der Franzosen wurde mir klar, dass diese den Arabern ähnlicher sind als den Türken und anderen Rassen. Am stärksten äußert sich diese Ähnlichkeit in Dingen wie Ehre, Freiheit und Stolz."[13]
Diese verklärende Art der Betrachtung wich unter dem Einfluss von Kolonialismus und Liberalismus, d.h. zu einer Zeit, als der Westen als Gefahr empfunden wurde, zugunsten eines gewissen Feindbildes (nach Gernot Rotter)[14]. Aber das Feindbild blieb stets vergleichbar mit einer Art Hass-Liebe: Weder verteufelte man den Westen gänzlich, vielmehr versuchte man, ihn dort nachzuahmen, wo es mit dem Islam vereinbar zu sein schien.[15]
Bewundert werden von muslimischer Seite laut Gernot Rotter in erster Linie der technische Fortschritt, aber auch – und das verständlicherweise vorrangig von literarisch Gebildeten – westliche Werte wie „die freie Ausdrucksmöglichkeit, die Pressefreiheit und die Freiheit des Wortes".[16]
Kritik wird geübt am Werteverfall im Westen, etwa an der Verwässerung der moralischen Werte, an der Vereinzelung und der Vereinsamung des Menschen im Zuge der Auflösung beziehungsweise der Zerstörung der klassischen (Groß-) Familienstrukturen. Des weiteren wird das Fehlen religiöser Werte angemahnt[17].
Selbst bei progressiven Autoren wie dem Algerier Rachid Boudjedra treffen wir auf Zeilen, die unverblümten Hass und Widerwillen spiegeln: „Dieser Westen mit seinem Zaster, mit den sozialen Ungleichheiten, den rauschgiftsüchtigen Gymnasiasten den Kindern, die in der Hamburger „Kinderstraße" auf den Strich gehen, mit dem Rassismus, dem Überfluß, mit dem Ketchup und der Selbstgefälligkeit: dieser Westen ruft unser Mißtrauen hervor, wenn er den Paradiesvogel spielt. Denn man hat den Eindruck, daß er, hingerissen von seiner eigenen Pracht und Brutalität, nicht mehr weiß, was ein Alptraum ist, da dieser ja durch TV und die elektronischen Massakerspiele zur Alltagswirklichkeit geworden ist.
Die reiche Welt hat in der Tat alles zugekleistert, hat alles verramscht. Alles mit ihrem Hochmut, ihrem Irrsinn und ihrer Maßlosigkeit niedergetrampelt. (...)
Nach Marx ist die Scham ein revolutionäres Gefühl. Der Westen jedoch, überzeugt von sich selbst, von seinen letzten überwältigenden Siegen, von seinem wirtschaftlichen Gigantismus, will gar nicht wissen, was Scham ist. Obwohl er die Nahrungsmittelüberschüsse verbrennt, die der hungernden Menschheit fehlen. Obwohl er Waffen an Krüppel verkauft, die sich ihrer nicht einmal bedienen können."[18]
Alles in allem muss konstatiert werden, dass das Bild

der Muslime von Europa wenig differenziert ausfällt – und vice versa! Auch wenn Boudjedra mit dem von ihm gezeichneten Bild vom Westen nicht völlig irrt, so ist die Sichtweise doch durch – teils nachvollziehbare – Wut auf dessen Reichtum verstellt.

Das Bild von der muslimischen Welt fällt im Westen dann ebenso undifferenziert aus. Selbst zunehmender Tourismus in die arabischen Länder ändert kaum etwas daran, dass jeder Reisende seine Vorurteile und Ressentiments im Gepäck mitträgt. Hinzu kommt erschwerend, dass aufgrund von Sprachschwierigkeiten meist gar kein direkter Umgang mit Menschen im Gastland gepflegt werden kann. Beschränkt sich der Kontakt des Fremden mit dem bereisten Land und mit seinen Einwohnern jedoch weitgehend – schlimmstenfalls sogar ausschließlich – auf das Ghetto Hotel, Bar und hoteleigener Pool, so darf hiervon kein gravierender Einfluss in Richtung Völkerverständigung erwartet werden.

Eine latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit konnte für die ganze Palette von gesellschaftlichen Problemen nutzbar gemacht werden; seien es die Türken, die angeblich den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen, seien es die Saddams oder Gaddafis, die die Weltherrschaft zu erobern trachteten oder sei es die sogenannte „Asylantenschwemme", die für das deutsche Kulturgut aus Sicht einiger eine ernsthafte Bedrohung darstellt und das deutsche Kulturgut zu verdrängen sucht.[19]

Hinzu kamen verbal-aggressive Wortschöpfungen („Asylantenschwemme" oder „Wirtschaftsflüchtlinge"), die in

...negative Grundbefindlichkeit gegenüber jedweden Angehörigen eines anderen Kulturkreises.



Vergesellschaftung mit billigen Parolen (nach dem Motto: „Das Boot ist voll!") mitverantwortlich waren für eine zumeist wenig differenzierte bzw. reflektierte, aber eindeutig negative Grundbefindlichkeit gegenüber jedweden Angehörigen eines anderen Kulturkreises.

Für den Westen war: „Das Feindbild Islam zwischenzeitlich immer wieder verschüttet worden, konnte und wurde aber bei jeder möglichen Gelegenheit wieder hervorgeholt. Bei uns bildet es das scheinbar verinnerlichte Grundwissen eines jeden Schülers, dass Karl Martell in der Schlacht von Tours und Poitiers angeblich das Abendland gerettet hat. (...) Und heute hat man manchmal das Gefühl, dass, als es mit dem Feindbild Sowjetunion, das man im Westen sehr lange hatte, vorbei war, man ein neues Feindbild brauchte und suchte. Und das wurde direkt durch den Terror der muslimischen sogenannten Fundamentalisten geliefert."[20]

Für das wenig differenzierte Bild Europas von der muslimischen Welt zeichnet eine weitverbreitete Unkenntnis verantwortlich, die unter anderem in unserem Erziehungswesen begründet liegt. Rotter postuliert deshalb :
„Es wird zu wenig Aufklärung über den Islam, über die Religion, die unterschiedlichen religiösen Strömungen, die verschiedenen politischen Bewegungen usw. geboten. Damit kann hier kein differenziertes Bild entstehen."[21]

Das wiederentdeckte exotisch-romantische Bild verklärt den Islam, wobei die negativen Seiten einfach weggedacht werden.

Als Resultat wertet der Westen den Islam pauschal, Islam wird mit Fundamentalismus gleichgesetzt, obwohl es selbstredend säkulare Muslime gibt, Rotter nennt sie „Kulturmuslime", vergleichbar mit westlichen Atheisten, die von ihrer Erziehung her „Kulturchristen" geblieben sind.[22]
Fundierte Aufklärung seitens der Presse tut not, jedoch verfügen – laut Rotter – viele der in arabische Länder entsandte Journalisten oder Bildjournalisten nicht über die entsprechenden Sprachkenntnisse und/oder es mangelt ihnen an jedweder Vorbildung in Sachen Islam.[23]
Welch verheerende Folgen dies für die Berichterstattung haben kann (muss), belegt Rotter wie folgt: „In Deutschland beobachte ich zwei Richtungen der Darstellung. Das eine ist eine Verklärung, ein Exotismus. Das wiederentdeckte exotisch-romantische Bild verklärt den Islam, wobei die negativen Seiten einfach weggedacht werden. Das zweite Extrem ist der fanatische, schießwütige, mordende Islamist, der von manchen Leuten gleichgesetzt wird mit Islam. Beides ist falsch. Damit tut man der islamischen Welt auch keinen Dienst. Man muß sich auch bezüglich des Islam klar darüber sein, daß es in jeder Kultur negative und positive Züge gibt. Aber es gibt eben nicht nur positive und nicht nur negative Züge. Da wäre eine Synthese beider ganz gut."[24]
Auch dem Bildjournalismus muss kritisch gegenüber gestanden werden, denn nur zu oft zählen voyeuristische Vorgaben.
Rudolph Baucken verweist auf die innewohnende Gefahr: „Der Leser eines Artikels oder eines Buches weiß, dass er einer fremden Meinung lauscht. Doch der Betrachter eines Bildes glaubt dabei zu sein, und der Eindruck, den das Bild hinterläßt, wird zu einem eigenen Urteil über die Sache. Er hat es ja selbst gesehen..."[25]
Der in New York lehrende arabische Vergleichende Literaturwissenschaftler Edward Said geht in seinem Vorwurf noch weiter, wenn er in seinem Buch „Orientalismus"[26] Europäern und Amerikanern gleichermaßen vorwirft, sie würden sich seit 150 Jahren einen imaginären Orient konstruieren, der lediglich ein Spiegelbild ihrer eigenen geheimsten Wünsche sei.
Der renommierte Islamwissenschaftler Michael Lüders beklagt die Verlogenheit der Politik, die weniger ethische Werte verfolgt, sondern vorrangig versucht, die eigenen Ziele zu verfolgen und die notfalls bereit ist, die Augen vor Unrecht zu schließen, so lange es nur weit genug weg ist: „Der politische Islam ist eine radikale Antwort auf das Machtmonopol undemokratischer Machteliten, die sich ihrerseits längst überlebt haben. Die aber immer noch fest im Sattel sitzen, weil der Westen, allen voran die USA, Demokratie nur einfordert, wo es eigenen Interessen nutzt – etwa gegenüber dem Iran. Im Übrigen wird jedes Regime akzeptiert, das die „islamische Bedrohung" fern hält. Und genau diese Haltung ist die Saat für jene Gewalt, die Gestalten wie Osama bin Laden erst hervorbringt."[27]
Rachid Boudjedra untermauert diese Theorie in einem Interview im September 1995: „Die Presse behandelt die Fundamentalisten wohlwollend, sozusagen als die

Im Übrigen wird jedes Regime akzeptiert, das die „islamische Bedrohung" fern hält.

potentiellen Geschäftspartner von morgen, mit denen man es sich nicht verscherzen möchte. Wir finden hier eine Haltung – ein wenig zynisch und im totalen Gegensatz zur deutschen Verfassung –, die eigentlich sehr großzügig und menschlich ist. Die deutsche Regierung verfolgt ihre eigenen wirtschaftspolitischen Interessen, und deshalb kann sie von den wesentlichen Prinzipien abweichen, die Deutschland leiten.
Die Doppelmoral gegenüber der arabischen Welt wird deutlich, wenn man sieht, wie die deutsche Regierung Waffen teuer verkauft an die Länder, deren Erdöl sie billig einkauft. Das erklärt auch die Glacéhandschuhe, mit denen man den FIS anfasst, der Blut an seinen Händen hat, das Blut von vergewaltigten, enthaupteten Frauen, von erschossenen Schulkindern, von brutal ermordeten Journalisten, von abgeschlachteten Künstlern, von Ausländern (davon ein Zehntel katholische Priester), ebenfalls auf grausame Weise umgebracht.
Die Motive der deutschen Regierung zielen nicht selten auf den eigenen Profit, oftmals hemmungslos pragmatisch. Das macht uns betroffen!"[28]
Aus diesen zornigen Worten wird deutlich, dass die Demokraten in den sogenannten unterentwickelten Ländern auf eine differenziertere Haltung von Seiten der westlichen Regierungen hoffen und diese auch moralisch einfordern. Gegenüber den Fundamentalisten verlangt Boudjedra von den westlichen Regierungen eine dezidierte Absage anstelle von moderatem Taktieren.
Der heraufbeschworene Kampf der Kulturen kann nur durch verantwortungsbewusstes gegenseitiges Interesse aufgehalten werden.

Donata Kinzelbach

[1]Der Algerier Rachid Boudjedra wurde 1941 in Ain-Beida (Ostalgerien) geboren. Nach dem Studium der Mathematik und Philosophie in Algier und Paris folgten Lehraufträge an europäischen





Universitäten und in den USA. Schon Mitte der 70-er Jahre wurde Boudjedra von den Fundamentalisten zum Tode verurteilt. Seine (teils sehr kritischen) Bücher sind in 17 Sprachen übersetzt. Er zählt heute unumstritten zu den bedeutendsten Autoren des Maghreb.

[2]Vgl. hierzu: Rachid Boudjedra: Das Palästina-Tagebuch, Mainz 1991.

[3]Roy Arundhati: Wut ist der Schlüssel. Ein Kontinent brennt. Warum der Terrorismus nur ein Symptom ist. In: FAZ vom 28.09.01. Zitiert nach , abgerufen 29.10.01.

[4]ebenda.

[5]ebenda

[6]Lüders bezieht sich hierbei auf den Artikel von Samuel P. Huntington, der unter dem Titel: „The Clash of Civilisation" in der Zeitschrift Foreign Affairs (1993/3, S. 22-49) erschien. Huntington vertritt darin die These, der Ost-West-Gegensatz sei durch den „Kampf der Kulturen" ersetzt worden. Eine dieser kriegsführenden Parteien sei die islamische Zivilisation, die Europa unversöhnlich gegenüberstehe. Von führenden Islamwissenschaftlern (wie z.B. Gernot Rotter) wird diese Theorie als extrem gefährlich eingestuft, da sie im Sinne einer „self-fulfilling prophecy" sich verselbständigen könnte, d.h., dass man den Kampf der Kulturen damit herbeirede, dass sich die Fronten verhärten und dass dadurch jeder Weg zu einem möglichen Dialog versperrt werde. Vgl. hierzu auch: F. Nuscheler: Das Nord-Süd-Problem. In: Grundwissen Politik. Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn, 1997, S. 482: Huntington übersah wesentliche Punkte: Erstens führen nicht Kulturen oder Religionen Kriege gegeneinander, sondern werden zur Rechtfertigung von Machtkämpfen und zur Massenmobilisierung missbraucht. Zweitens finden solche Kulturkonflikte längst innerhalb multikultureller und multiethnischer Gesellschaften statt. Nicht ein internationaler Kulturkampf, sondern interne Kulturkämpfe in heterogenen Gesellschaften bilden große Konfliktpotenziale. Drittens nährt sich der religiöse Fundamentalismus aus Entwicklungskrisen und sozialen Frustrationen, denen nicht mit Waffen, sondern nur mit Dialog und Hilfe begegnet werden kann. Je größer die sozialen Gegensätze sind, desto größer ist das Reservoir für den religiösen Fundamentalismus und politischen Radikalismus; je weniger das westliche Entwicklungsmodell seine sozialen Verheißungen erfüllen kann, desto größer werden die Widerstände gegen die westliche Welt.

[7]Lüders, Michael : Islamismus am Ende. Von Algerien bis Indonesien – überall sind die Fundamentalisten in der Defensive, weil sie zu lange auf Gewalt gesetzt haben. In : DIE ZEIT Nr. 19, 04.05.2000, S. 9.

[8]Lüders, Michael : Islamismus am Ende. Von Algerien bis Indonesien – überall sind die Fundamentalisten in der Defensive, weil sie zu lange auf Gewalt gesetzt haben. a.a.O., S. 9.

[9]Vgl. hierzu : Lüders, Michael : Islamismus am Ende. Von Algerien bis Indonesien – überall sind die Fundamentalisten in der Defensive, weil sie zu lange auf Gewalt gesetzt haben. a.a.O., S. 9.

[10]Gandji, Akbar, zitiert nach : Lüders, Michael : Islamismus am Ende. Von Algerien bis Indonesien – überall sind die Fundamentalisten in der Defensive, weil sie zu lange auf Gewalt gesetzt haben. a.a.O., S. 9.

[11]Gandji, Akbar, zitiert nach : Lüders, Michael : Islamismus am Ende. Von Algerien bis Indonesien – überall sind die Fundamentalisten in der Defensive, weil sie zu lange auf Gewalt gesetzt haben. a.a.O., S. 9.



[12]Rifa`a al-Tahtawi (1801-1873) stammte aus einer angesehenen ägyptischen Familie. Nach seinem Studium an der Azhar Universität in Kairo ging er 1826 für fünf Jahre nach Paris. Seine Beobachtungen erschienen erstmalig 1834, in deutscher Übersetzung von Karl Stowasser liegen sie vor unter dem Titel : „Ein Muslim entdeckt Europa", München 1989, zitiert nach : Burgmer, Christoph (Hrsg.) : Der Islam. Eine Einführung durch Experten, Frankfurt 1998, S. 97.

[13]Rifa`a al-Tahtawi, zitiert nach : Burgmer, Christoph (Hrsg.) : Der Islam. Eine Einführung durch Experten, Frankfurt 1998, S. 97.

[14]Gernot Rotter (* 1941) studierte Islamwissenschaft, Afrikanistik und Vergleichende Religionswissenschaft in Bonn und Köln. Von 1980 bis 1984 war er der Direktor des Orient-Institutes in Beirut. Seit 1984 ist er Professor für „Gegenwartsbezogene Orientwissenschaft" an der Universität Hamburg.

[15]Burgmer, Christoph (Hrsg.) : Der Islam. Eine Einführung durch Experten, Frankfurt 1998, S. 98.

[16]Burgmer, Christoph (Hrsg.) : Der Islam. Eine Einführung durch Experten. a.a.O., S. 98.

[17]Vgl. hierzu Rotter, Gernot in : Burgmer, Christoph (Hrsg.) : Der Islam. Eine Einführung durch Experten, a.a.O., S. 98.

[18]Boudjedra, Rachid : Prinzip Hass. Pamphlet gegen den Fundamentalismus im Maghreb, Mainz 1992, S. 20f.

[19]Vgl. Faßmeyer, Tobias: Es ist eine andere Kultur. Der Blick auf den Islam. In: ZAG, Antirassistische Zeitschrift Nr. 34, 2. Quartal 2000, S. 12.

[20]Vgl. hierzu Rotter, Gernot in : Burgmer, Christoph (Hrsg.) : Der Islam. Eine Einführung durch Experten. a.a.O., S. 98.

[21]Vgl. hierzu Rotter, Gernot in : Burgmer, Christoph (Hrsg.) : Der Islam. Eine Einführung durch Experten. a.a.O., S. 99.

[22]Vgl. hierzu Rotter, Gernot in : Burgmer, Christoph (Hrsg.) : Der Islam. Eine Einführung durch Experten. a.a.O., S. 99.

[23]Vgl. hierzu : Burgmer, Christoph (Hrsg.) : Der Islam. Eine Einführung durch Experten. a.a.O., S. 100

[24]Vgl. hierzu Rotter, Gernot in : Burgmer, Christoph (Hrsg.) : Der Islam. Eine Einführung durch Experten. a.a.O., S. 101.

[25]Baucken, Rudolf: Geliebte Sekunde, München 1958, zitiert nach htpp://www.bvd-online.de/branche/0701br.html, Abruf: 28-11-1999, S. 5.

[26]Said, Edward : Orientalismus, Frankfurt a.M. 1981. Zitiert nach Burgmer, Christoph (Hrsg.) : Der Islam. Eine Einführung durch Experten. a.a.O., S. 102.

[27]Lüders, Michael : Islamismus am Ende. Von Algerien bis Indonesien – überall sind die Fundamentalisten in der Defensive, weil sie zu lange auf Gewalt gesetzt haben. In : DIE ZEIT Nr. 19, 04.05.2000, S. 9.

[28]Rachid Boudjedra in einem Interview im September 1995. Das Interview führte Donata Kinzelbach.

Weiterführende Literatur:
Rachid Boudjedra: Prinzip Hass, Mainz 1993.
Christoph Burgmer: Der Islam, Frankfurt 1998.
Albert Camus: Der erste Mensch. Reinbek 1995.
Norman Daniel: Islam and the West. The Making of an Image. Edinburgh 1960.
Donata Kinzelbach (Hrsg.): Tatort: Algerien, Mainz 1998.

IHR SEID ANDERS, WEIL IHR ANDERS SEIN MÜSST!

Christoph Burgmer im Gespräch mit Reinhard Schulze

„Aus meiner Situation", sagt der marokkanische Historiker Abdallah Lahrui, „kann ich nur über das sprechen, was vor dem Rückzug Europas existiert hat und was Teil meiner Vergangenheit ist. Nach der Entkolonialisierung haben sich die Probleme provinzialisiert. Das wieder zu einem geografischen Begriff gewordene Europa beschäftigt diejenigen, die sich als Europäer betrachten." Betrachten sich die eingewanderten Arbeitsmigranten als Teil dieses europäischen Provinzialismus oder als Teil des arabischen bzw. islamischen Provinzialismus? Oder sehen sich die Migranten gerade deshalb an den Rand gedrängt, weil sie sichtbarer Ausdruck eines Antiprovinzialismus sind?

Lahrui hat hier einen sehr wunden Punkt in der Diskussion getroffen, die auch innerhalb der muslimischen Gemeinden Europas stattfindet, nämlich die Frage der Identitätsbildung, die Frage der Zugehörigkeit. Sicherlich spielt es für viele Muslime eine entscheidende Rolle, ob sie sich mit dem vorgegebenen kulturellen Rahmen „Europa" identifizieren können, sprich: zu europäischen Muslimen werden, oder ob sie sich weiterhin einer arabischen, türkischen, persischen, afghanischen oder pakistanischen Identität zugehörig fühlen, sprich: also auch eine ethnische Sondereinheit innerhalb der europäischen Gesellschaft bilden.

Sie haben davon gesprochen, dass Muslime von nationalen Identitäten geprägt sind, wenn sie nach Europa kommen. Wird diese nationale Identität der emigrierten Muslime durch die politischen Massenbewegungen innerhalb der arabischen Gesellschaften nach dem 2. Weltkrieg und deren Utopien wie die Entkolonialisierung, den Panarabismus oder auch den Islamismus mitgeprägt?

Vor allem für die maghrebinischen Emigranten, die nach Frankreich, Holland oder Belgien gegangen sind, spielt diese Diskussion eine Rolle. Dort hat der Entkolonialisierungsprozess besonders im Rahmen des Algerienkrieges von 1954 - 62 zu einer heftigen Debatte um die Frage der kulturellen Selbstbehauptung gegenüber Europa geführt. Das Land von dem man sich befreite wurde gleichzeitig das Land, in das man einwanderte. Diese paradoxe Situation führte zu einem Konflikt: Denn was ist in dieser Situation die muslimische Persönlichkeit im Rahmen einer sich globalisierenden kulturellen Entwicklung? Für viele aus Algerien nach Frankreich kommende Migranten spielt diese muslimische Persönlichkeit weiterhin eine große Rolle, weil sie sich damit gegenüber einer Kolonialmacht behaupten, von der sie sich entfremdet fühlen. Die Suche nach der arabischen oder der muslimischen Persönlichkeit war das Leitmotiv der großen intellektuel-

len Diskussionen der 50er und 60er, bis Anfang der 70er Jahre.

Die kulturelle Identität aus dem antikolonialistischen Kampf gegen die europäische Dominanz hat eine nationale Variante. Sie enthält nach der Entkolonialisierung noch nicht die religiöse Spielart, die islamische Identität. Zu welchem Zeitpunkt wird diese politisch relevant? Hat sie sich vielleicht erst als Reflex auf Europa herausgebildet?

Der letzte Punkt ist für die heutige Situation sehr wichtig. Historisch ist die islamische politische Identität, oder eine politische Identität, die mit einer islamischen Symbolik ausformuliert wird, schon in den 50er und 60er Jahren als Oppositionsbildung vorhanden. In den einzelnen arabischen Ländern ist sie allerdings unterschiedlich stark zum Tragen gekommen. Wirklich dominant wird sie erst in den 70er Jahren mit der Bildung von islamischen Utopien und utopischen Gesellschaftsvorstellungen und -ordnungen, die frühere utopische Modelle wie »Sozialismus der Dritten Welt« oder »Der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus« ablösen. Diese neuen politischen islamischen Identitäten konkurrierten in den arabischen Ländern jedoch immer mit den nationalstaatlichen Identitäten. Gerade in Algerien ist das in der Gegenwart deutlich zu sehen. Denn nach dem nationalen Befreiungskampf von 1954 - 62 haben die islamistischen Oppositionellen 1992 den zweiten nationalen Befreiungskampf ausgerufen, der dann ein islamischer sein und den ersten vollenden sollte. Die islamische Utopie wird seitdem vielfach als Vollendung einer arabischen Sozialutopie gedacht, die in den 50er oder 60er Jahren des letzten Jahrhunderts wirksam war. Dieser Bezug zu den ursprünglich nationalstaatlichen Entwicklungsutopien fällt für die Migranten weg, die nach Europa kommen. Ihnen erscheinen die islamischen Utopien häufig als die einzigen fruchtbaren, realen Utopien für ihre eigene Gemeindeordnung.

Die Utopien, die in den 50er und 60er Jahren entwikkelt wurden, sind quasi Ableger europäischer politischer Vorstellungen. Die islamischen Utopien erscheinen wie aus der eigenen kulturellen und religiösen Tradition hervorgebrochene, eigenständige Utopien.

Sobald wir etwas als islamisch ansehen – durch Verwendung eines islamischen Terminus, einer islamischen Idee, oder einer als islamisch bezeichneten Entwicklung - denken wir auch, es handelt sich um ein inhaltlich besonderes Konzept. Praktisch ist es aber so, dass alle globalisierten Ideologien des 20. Jahrhunderts auch islamisch ausformulierbar wurden. Das heißt, dass in den 70er Jahren keine neuen Entwicklungsutopien aufgebaut wurden, sondern bestehende Utopien nur islamisch versprachlicht wurden. Das Symbolsystem, in dem diese Utopien ausformuliert wurden, hat sich geändert, nicht aber die Inhalte. Nehmen sie die Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit. Für sie haben die Intellektuellen Sorge zu tragen. Ja sogar die Vorstellung einer Zivilgesellschaft kann aus einer isalamischen Utopie heraus entwickelt werden. Insofern kann man nicht davon sprechen, dass es eine eigenständige islamische Ideologie gäbe, die unabhängig von den globalen Ideologien des 20. Jahrhunderts existieren würde.

Welchen Einfluss haben solche intellektuellen Strömungen auf Auswanderer, beispielsweise aus der Türkei, aus Ägypten, aus Marokko?

Sie haben sehr wenig Einfluss. Denn viele Emigranten stammen nicht aus dem intellektuellen Milieu, in dem diese Ideen produziert werden. Die Intellektuellen, die nach Europa gegangen sind - und es sind viele arabische Intellektuelle nach Europa gegangen - haben sich an europäischen Universitäten etablieren können und leben nicht mehr in direktem Kontakt zu den Emigrantengesellschaften. Die intellektuelle Elite erscheint so getrennt von der Masse der Emigranten. Diese Trennung, und dass die Emigranten nicht über eine eigenständige intellektuelle Elite verfügten, wurde oft beklagt. Erst in den letzten Jahren hat sich dies etwas verändert, weil innerhalb der Emigrantengesellschaften in Europa eine neue intellektuelle Elite entstanden ist. Diese hat aber keinen organisatorischen Rückbezug mehr zu den Herkunftsländern. Das beklagen die großen, globalen, islamischen Organisationen, die noch in den 60er und 70er Jahren versuchten, Einfluss auf die europäischen Muslime, also die Emigranten muslimischer Identität, zu gewinnen. Sie versuchten über den Moscheenbau, die Finanzierung von Schulen und ähnlichen Institutionen auch machtpolitisch an Einfluss zu gewinnen. Praktisch ist diese Einflussnahme aber gescheitert. Von Bedeutung ist einzig der Einfluß auf die türkischen Migranten. Der Grund dafür ist, dass der politische Organisationsgrad der Muslime erheblich höher ist, als in arabischen Ländern. Hinzu kommt die starke Rückbindung der türkischen Muslime – etwa in Deutschland – an die Türkei. Dies fördert die enge Bezugnahme von alten Organisationen aus der Türkei und den Organisationen in Deutschland.





Eine Forderung, die an einwandernde Muslime gestellt wird, ist, dass sie sich aufzuklären hätten. Hier kommt es auch zu Überschneidungen mit Diskussionen innerhalb der islamischen Welt. Wird hier über das Gleiche geredet?
Nein, man redet überhaupt nicht über das Gleiche. Man muss sich das folgendermaßen vorstellen: Da ist eine Gruppe, die sich eine Identität zugewiesen hat und sagt, sie sei aufgeklärt und hätte ihr Problem mit der Religion gelöst. Dann sehen sie eine andere Gruppe und zu dieser Gruppe gehören Muslime, die dieses Problem überhaupt nicht gelöst haben. Dann wird gesagt: »Wir können aber erst dann mit euch sprechen und eine gemeinsame Zukunft aufbauen, wenn ihr euer Problem mit der Religion gelöst habt.« Daraufhin sagen die Muslime: »Wieso, wir haben überhaupt kein Problem mit der Religion. Wieso sollten wir denn ein Problem haben, das ihr habt.« Jetzt entscheidet der Machtdiskurs darüber, wer von beiden sich durchsetzen wird. Da die Muslime in der Minderheitensituation sind, werden sich sicherlich die Europäer mit ihrer Meinung durchsetzen, dass nur dann eine wirkliche Integration möglich ist, wenn die Muslime ihr Verhältnis zur Religion geklärt haben. Dabei geht es im Grunde jedoch um eine andere Frage, nämlich welche Rolle die Religon bei einer Konsensbildung innerhalb einer Gesellschaft spielt. Ist es möglich, einen gesellschaftlichen Konsens über die Stellung der Religion im öffentlichen Leben zu finden? Wenn diese Diskussion zwischen allen Gruppen stattfindet, den nichtreligiösen, wie den religiösen - und auch die jüdischen, die hinduistischen, die muslimischen Gemeinden – wer auch immer – daran beteiligt werden, ist die Integration erfolgt.

Dieser Vorwurf des Demokratiedefizits kommt nicht nur von Seiten der deutschen Politik, sondern auch von islamistischen Organisationen innerhalb der Einwanderungsländer. Die daraus resultierende Forderung sind pädagogische Maßnahmen. Erst sie würden die Migranten zu einem integrierten Bestandteil der europäischen Gesellschaft werden lassen.



Wenn man von Demokratiedefizit spricht, dann darf man nicht von Kollektiven sprechen. Man muß über Individuen sprechen, sonst würden wir nicht über Demokratie, sondern über Totalitarismus reden. Sprechen wir also über Individuen. Dann müsste auch jedes einzelne Individuum befragt werden, wie es es mit der Demokratie hält. Und die zwei oder drei Millionen Muslime, die es in Deutschland gibt, würden mindestens zwei Millionen Antworten dazu geben können. Das Meinungsspektrum ist sehr groß und nicht durch ein Kollektiv bestimmt. Die Aussage, dass Muslime als Kollektiv nicht demokratiefähig sind, ist also Unsinn. Desweiteren muss man berücksichtigen, dass die Identifikation der Migranten mit der islamischen Tradition im Umfang nicht anders ist, als etwa die Identifikation der Katholiken mit ihrer katholischen Tradition. Denn nur maximal zwei Drittel der eingewanderten registrierten Muslime bekennen sich öffentlich zum Islam.
Die Frage muss anders diskutiert werden. Es gibt jetzt in Deutschland einen religiösen Pluralismus. Das ist eine Tatsache. Und dieser religiöse Pluralismus verlangt auch eine Neudiskussion des Verhältnisses von Religion und Staat. Wir müssen uns darüber bewusst sein, dass unsere Gesellschaft dieses Verhältnis bislang nur aus der christlichen Tradition heraus bestimmt hat. Es waren bisher nur die Christen, die das Verhältnis von Religion und Staat im Rahmen ihres Säkularismus ausgehandelt haben. Jetzt existiert aber eine religiöse Pluralität. Das bedeutet, dass auch die Frage des Säkularismus neu diskutiert werden muss. Daran müssen die Muslime, die jüdischen Gemeinden und auch die nicht religiösen Menschen beteiligt werden. Es gilt einen neuen Gesellschaftskonsens zu finden, der die existierende Pluralität der religiösen Gemeinschaftsbildung in Deutschland anerkennt.

Der Hintergrund des vorausgesetzten „Demokratiedefizits" ist die verbreitete Vorstellung, dass sich die Diskussion über Demokratie und Islam innerhalb der islamischen Länder auf einem Niveau bewegen würde, das

dem Europas im 18. und 19. Jahrhundert entsprechen würde. Damit wird impliziert, dass die auswandernden Muslime als atavistisches Element in die modernen europäischen Gesellschaften hineinströmen.
Die Frage nach Demokratie ist letztlich die Frage nach der Demokratieerfahrung. Viele Emigranten verfügen nicht über die Demokratieerfahrung der letzten ein, vielleicht zwei Generationen in Westdeutschland, weil sie unglücklicherweise – würden sie selbst wahrscheinlich sagen – in Ländern gelebt haben, in denen keine Demokratie durchgesetzt wurde. Nicht anders verhält es sich jedoch mit Ostdeutschland. Man könnte ebenso fragen, ob die Menschen aus Ostdeutschland demokratieerfahren sind oder ob sie durch ihre Integration in Westdeutschland ihr Demokratiedefizit mit eingebracht haben. Es verhält sich also mit den Emigranten nicht anders, als mit den Bewohnern der ehemaligen DDR. Man kann entsprechende Erfahrungen jedoch nicht zu einem kulturellen Merkmal erklären, sondern es ist bedauerlicherweise die Geschichte dieser Staaten.

Die Europäer waren immer daran interessiert die Meinung anderer über sich zu erfahren. Jedoch mussten diese tatsächlich ganz anders sein. Die Einwanderer, die aus islamischen Ländern nach Europa kommen, müssen auch anders sein. Ist das die Erfahrung von Europa als provinziellem Ort innerhalb einer globalen Welt?
In gewisser Hinsicht ja. Die Provinzialisierung Europas zeigt sich dadurch, das es globale Trends nicht aufgreifen kann. Dann bezieht man sich auf eine europäische Identität, aus der die Emigranten ausgeschlossen werden. Es ist deshalb ein gewisses Maß an Provinzialität, weil in einer globalisierten Gesellschaft der Reichtum der kulturellen Vielfalt zur Grundlage von Identität gemacht werden könnte und nicht die Ausgrenzung.

Welche Rolle spielt bei dieser Form der Stigmatisierung das religiöse Element?
Bedauerlicherweise spielt in unserer Gesellschaft, die sich aufgeklärt nennt, das religiöse Element eine erstaunlich wichtige Rolle. Denn man würde eigentlich von einer Gesellschaft erwarten, in der Staat und Religion getrennt erscheinen, dass eine öffentliche Diskussion über Bürgerrechte nicht über die Religion geführt wird. Dass man sagt: Die Muslime, die hierherkommen, sind politisch nicht primär Muslime. Wir schauen nicht darauf welcher Religion sie privat anhängen. Man hat aber den Eindruck der säkularisierte Blick endet, wo es über die Grenzen Europas hinausgeht. Die Menschen, die nach Europa kommen, werden nicht in der selben Art und Weise wahrgenommen, in der man sich selbst wahrnimmt. Sie werden als religiöse Menschen identifiziert und das entspricht sicherlich nicht der unmittelbaren Lebenserfahrung der einzelnen Menschen. Dummerweise ergibt sich daraus oft ein Bestätigungsdiskurs: Denn wenn der andere will, dass ich ein religiöser Mensch bin, dann bin ich ein religiöser Mensch, weil ich mich nur so in die Erwartungshaltung des Gastlandes einpassen kann. Integrationsprogramme laufen vielfach über religiöse Fragen. Dies sollte man in einer säkularisierten Gesellschaft nicht erwarten, in der die Religion eigentlich nicht die öffentliche Rolle spielen sollte, die sie jetzt in der Diskussion um Integration spielt.

In Europa ist man vertraut mit religiösen Äußerungen, die z.B. aus der katholischen Kirche kommen. Gibt es vergleichbare Institutionen in der islamischen Welt, die eine solche sinnstiftende Rolle spielen?
Nein, es gibt keine Institution, die eine so stark sinnstiftende Rolle wie die katholische Kirche, noch nicht einmal wie die protestantischen Kirchen hat. Es gibt nur Mehrheitsdiskurse, starke Diskurse, die sinnstiftend wirken. Diese können aber sehr konkurrierend sein, so dass man den Eindruck hat, dass es prinzipiell unterschiedliche Meinungen gibt. Eine so zentrale Institution, an der man sich ausrichten könnte, existiert in der islamischen Tradition nicht.

Viele Intellektuelle in der muslimischen Welt haben die Emigranten als eine Avantgarde gesehen, die Rückwirkungen auf ihre Herkunftsländer haben sollte. Welche Erfahrungen hat man gemacht?
Man hat große Hoffnungen auf die Auswanderer gesetzt. Die Rückwirkungen sind jedoch relativ gering. Das zeigt sich beispielsweise in Syrien, von wo sehr viele Intellektuelle ausgewandert sind. Die Machtstrukturen vor Ort sind jedoch so stark, dass eine Intervention von außerhalb nicht als positiv angesehen wird.

Das Konzept der anderen Kultur ist ein Konzept, das sowohl in Europa, als auch in der islamischen Welt von vielen Vertretern aufrecht erhalten wird, oder besser: modern konstruiert wird. Welchen Sinn macht dies angesichts der real existierenden Durchlässigkeit?
Wir sind gewohnt Gesellschaften zu klassifizieren. In den letzten 100 Jahren gab es drei ganz große Klassifikatoren mit denen man Gesellschaft begreifen, klassifizieren und dann auch verstehen konnte. Der alte Begriff war die Klasse, darauf folgte Rasse und jetzt ist es die Kultur. Der Kulturbegriff löst die beiden anderen Klassifikations-



begriffe ab, insofern er politisch ist. Ein politischer Kulturbegriff dient dazu, Gruppen von Menschen innerhalb einer Gesellschaft zu identifizieren und einem bestimmten Bereich zuzuordnen.
Das setzt aber voraus, dass man diese Kultur essentialistisch sieht. D.h. der Mensch gehört einer Kultur an, so als ob er einer Kultur unterworfen ist, die über ihn herrscht. Dieses Konzept wird von beiden Seiten aufrechterhalten. Sie einigen sich darauf, in diesem politischen Sinn über Kultur zu sprechen. Das Problem ist, dass damit die Ausgrenzung stattfindet. Denn wir sprechen dann über Kultur und ordnen Menschen Kulturen zu, anstatt über Menschen zu sprechen und zu fragen: Was wollen diese Menschen eigentlich mit ihrer Kultur sagen? Wir hören nicht mehr hin, was sie sagen, weil wir in dem Moment, wo wir die Schablone Kultur haben, der Dialog nur noch über dieses versteinerte Prinzip Kultur und nicht mehr über die Intention des Sprechers läuft. Ein solcher politischer Kulturbegriff ist sehr problematisch und verhindert die intellektuelle Bezugnahme auch zu denjenigen, die hier herkommen.

Warum finden Diskussionen wie in Frankreich oder Großbritanien in Deutschland überhaupt nicht statt?

Es ist ganz erstaunlich, wenn man in einem Land lebt sieht man eigentlich nicht welchen Konsens dieses Land hervorgebracht hat. Wenn man die Migranten ansieht und schaut, wie sie sich in den neuen Ländern verhalten, dann sieht man, wie sie auf den gesellschaftlichen Konsens Bezug nehmen, den wir selbst nicht mehr wahrnehmen. In Frankreich ist der Konsens, der zwischen Staat und katholischer Kirche ausgehandelt wurde, der Laizismus. In Großbritanien ist es der Säkularismus zwischen anglikanischen Kirchen, der schottischen Kirche, Nationalkirchen und Staat.
Und was haben wir in Deutschland für einen Konsens? Die Emigranten machen dies deutlich. Der deutsche Konsenz beruht darauf, hierarchische Gemeindeordnungen zu bilden und über hierarchische Gemeindeordnungen dann so etwas wie Identität zu stiften. Das ist die Vorstellung, dass alles über eine Art eingetragene Vereine zu laufen habe.
Eine politische Identität, die konsensbildend sein könnte, gibt es in Deutschland praktisch nicht. Man hat immer gesagt, die Verfassungsordnung von 1949 könnte so etwas wie politische Identität stiften. Wie wenig aktiv und wirklich sie ist, zeigen gerade die Emigrantengemeinden. Denn im Unterschied zu Frankreich oder Großbritanien orientieren sie sich praktisch überhaupt nicht an diesem sogenannten Konsens. Das zeigt, dass in der deutschen Gesellschaft im Grunde kein wirklicher Konsens existiert, auf dem die Gesellschaft beruht, dass das Verhältnis von Religion und Staat ungeklärt ist. Die deutsche Gesellschaft hat sich im Grunde auf nichts geeinigt. Nur darauf, dass so etwas wie eine Einheitlichkeit von gesellschaftlichem Ausdruck, Kultur und Staat existieren müsse. In der Diskussion über die Leitkultur taucht das wieder auf. Es ist die alte Ordnung des Westfälischen Friedens, die hier weitertradiert wird: ein Territorium, ein Staat und eine Kultur. Wessen Staat aber, dessen Leitkultur ist es. Und mit dieser Tradition sind die Muslime dann konfrontiert.
Reinhard Schulze ist Professor für Islamwissenschaft an der Universität Bern in der Schweiz.

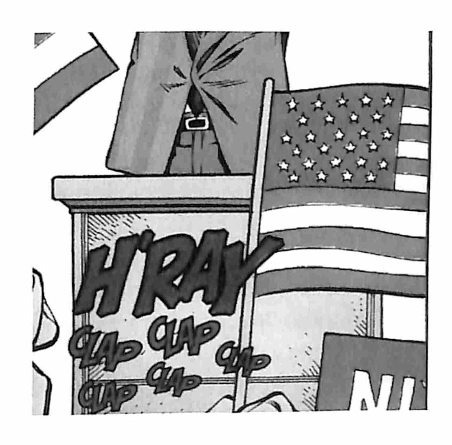
Gespräch führte: Christoph Burgmer

Anstelle einer ausführlichen Biographie von Reinhard Schulze einige Texte zur Vertiefung des Themas:

Islamischer Internationalismus im 20. Jahrhundert. Untersuchungen zur Geschichte der islamischen Weltliga, Leiden: Brill 1990.
Menschenrechte in der islamischen Diskussion, Wuppertal 1991 (Institut für internationale Politik, Arbeitspapier Nr. 12).
Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert, München: Beck 1994.
„Alte und neue Feindbilder. Das Bild der Araber und des Islams im Westen", in: Georg Stein (Ed.), Nachgedanken zum Golfkrieg, Heidelberg 1991, p. 244-259, 259-260.
„Islam und Herrschaft. Zur politischen Instrumentalisierung einer Religion", in: Michael Lüders (Ed.), Der Islam im Aufbruch? Perspektive der arabischen Welt, München 1992, p. 94-129.
„Religiöser Fundamentalismus: Die Moderne zwischen Utopie und Mythos", in: Michael Löb/Winfried Seelisch (Eds.), Wider die Feindbilder. Toleranz statt Fundamentalismus, Antisemitismus und Nationalismus, Darmstadt 1992, p. 55-68. (Darmstädter Aspekte; 1).



AMERIKANISCHER ALPTRAUM



Was hat sich in den USA seit dem 11. September verändert? Wie reagiert die amerikanische Linke auf die Anschläge und den Krieg gegen Afghanistan? Der folgende Bericht stammt aus dem Spätherbst 2001.

Bus nach Washington

Drei Busse machen sich am 28. September von Boston nach Washington auf den Weg. Ein Ziel der landesweiten Antikriegsdemonstration ist, gegen den nach den Anschlägen angestiegenen Rassismus gegen AraberInnen und Muslime zu protestieren. Ich bin einer von denen, die mit Plakaten, Transparenten und grünen Armbändern als Zeichen der Unterstützung für Muslime losziehen. Wie groß wird die Demonstration sein? Von den drei Bussen aus Boston ist keiner voll besetzt, ein schlechtes Zeichen?

Nach der Ankunft am Samstag morgen bemühe ich mich, etwas über die Stimmung in Washington herauszufinden. Eine ältere Frau erkundigt sich in einem Café danach, was eigentlich los sei. „Ein Protest gegen den Krieg", antwortet jemand. „Der wird nicht groß sein, dafür gibt es nicht viel Unterstützung in der Bevölkerung", sind sich beide einig.

Zur allgemeinen Überraschung kommen dann doch 20.000, eine für hiesige Verhältnisse hohe Zahl.

Diskursbruch und neue Freunde

Wie stark der Bruch ist, den der 11. September im politischen Diskurs der USA verursacht hat, kann man auch daran sehen, dass das, was vorher „top news" war, jetzt überhaupt keine Rolle mehr spielt. Seit dem 11. September sind die Medien voll mit Bildern aus Afghanistan, Pakistan und dem Nahen Osten, Orten also, von denen die Menschen am 10. September nur vage wussten, wo sie überhaupt liegen. Oft hört man jetzt Gespräche über den Islam und den Krieg; oder es wird darüber spekuliert, wo sich Osama bin Laden aufhält und was der beste Weg „to get him" sei.

Ein Nebeneffekt des 11. September ist das neue Interesse für die Nahostkrise. Noch im August hatte George Bush den ganzen Monat frei genommen und es seiner Administration überlassen, sporadischen Kontakt zu Israel und den Palästinensern zu halten. Nach dem 11. September hat sich das völlig verändert: Um arabische Hilfe für die US-geführte Koalition gegen „den Terrorismus" zu sichern, unterstützt Bush die Bildung eines palästinensischen Staates. Saudi-Arabien und Ägypten werden von den USA derzeit aus dem gleichen Grunde an die Brust gedrückt, neue Freunde, etwa Usbekistan, werden gewonnen. In allen diesen Staaten gibt es schwere Menschenrechtsverletzungen. Was bedeutet also die „Gerechtigkeit", die die Bush-Administration



ständig im Munde führt, wenn Menschenrechtsverletzungen nicht überall gleichermaßen angegriffen werden?
Bush nützt die durch die Angriffe entstandene Situation, um hinter dem Kriegsgeschrei gegen „Terrorismus" Gesetze umzuschreiben, Polizeibefugnisse auszuweiten und anderen Staaten Vorschriften zu machen. Vor den Anschlägen wurde eine isolationistische Außenpolitik verfolgt: Die Regierung verließ das Kyoto-Protokoll gegen die Erwärmung der Atmosphäre und auch auf der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus machte sich die US-Delegation schnell davon. Nach den Angriffen mutiert Bush zum großen Vereiniger und ruft Regierungen überall auf der Welt dazu auf, sich seiner Koalition anzuschließen.

Flaggen überall

Auf meiner Straße hängt an jedem Haus eine amerikanische Flagge. Flaggen sind auch auf den Autos, in Schaufensterscheiben und an Balkonen. Passanten tragen Anstecker mit der Flagge, Bauarbeiter haben sich zum Schutz gegen die Sonne Tücher mit der Nationalflagge um den Kopf gebunden. „Proud to be American", „These colors don't run", „United we stand" und „God bless America" sind einige der patriotischen Sprüche, die man viel sieht. Als Gegenstück dazu haben Fernsehsender Rahmen mit Titeln wie „War against terror" oder „America strikes back" um das Bild gelegt. Diese Sprüche bestätigen und verstärken Bushs Diktum, dass man jetzt nur auf der Seite der USA oder auf der der Feinde stehen könne.
Eingewanderte Ladenbesitzer, die wegen ihres Aussehens Angst haben, für den „Feind" gehalten zu werden, kleistern ihre ganzen Schaufenster mit amerikanischen Flaggen zu und hoffen das Beste. Im liberalen Massachusetts überfallen drei junge Männer einen Inder in seinem Lebensmittelgeschäft; sie sind nun wegen „Hate Crimes" angeklagt. Ein afghanischer Straßenverkäufer, den ich in Washington sehe, hat sich vollkommen in eine amerikanische Flagge gehüllt.

Im Gegensatz zu diesem zweifelhaften Patriotismus kann man in den Stunden unmittelbar nach den Anschlägen in Manhattan völlig untypische Szenen sehen: Ein Schuhgeschäft gibt umsonst Turnschuhe an Frauen aus, die in hochhackigen Schuhen von der Arbeitsstelle flüchten mussten. Und ein Sandwichshop versorgt die Fliehenden umsonst mit Essen und Wasser. In diesen Gesten der Hilfsbereitschaft und Solidarität drückt sich eine ganz andere Verbundenheit miteinander und mit dieser Stadt aus als in dem andauernden Flaggenschwenken. Die Leute in New York sind nach dem 11. September auf einmal freundlicher und nachsichtiger zueinander, in Verkehrsstaus gibt es nicht die üblichen cholerischen Aussetzer.

TV-Kater

Die Wochen nach den Anschlägen verbringe ich bewegungslos auf meiner Couch, völlig von einer großen, blauen Steppdecke zugedeckt. Auch wenn ich gelegentlich das Fernsehen einschalte, kann ich es wegen meines angegriffenen Zustands nicht ertragen, die Bilder zu sehen. So bleibe ich unter der Decke und höre nur den Ton. In dieser Lage wird mir eines Tages schlagartig klar, wie simpel und oberflächlich die Sprache der Nachrichtensender, wie teelöffelhäppchengroß die Information zugeschnitten ist. Das ist schockierend und beleidigend. Als ich darauf hin meinen Kopf unter der Decke hervorstrecke, sehe ich Actionshots von bombenabwerfenden Flugzeugen; Soldaten, die aus Hubschraubern springen; Afghanen mit großen Maschinengewehren und Dörfer in Schutt und Asche. All das in rascher Folge.
Im Zeitalter von MTV ist der Zuschauer leicht abzulenken, und während wir noch dem Flimmern und Blitzen der Bilder zuschauen, ist uns die trivialste und im Sinne der Regierung umgebogene Berichterstattung fast schon unbewusst eingetrichtert.
Dazu kommt, dass viele Nachrichtensender den Krieg in Afghanistan in einem Format präsentieren, das an Sport-

übertragungen erinnert: Ein Spiel, in dem es kein Unentschieden gibt.

Schlag für den Arbeitsmarkt

Seit September sind offiziell 415.000 Arbeitsplätze verloren gegangen, 80.000 davon im Tourismus und verwandten Bereichen. Viele, die von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind, stehen am unteren Ende der sozialen Leiter. Die New York Times berichtet von Stadttouren, die normalerweise in der Herbstsaison sehr nachgefragt sind, jetzt aber gibt es kaum Interesse daran. Die Leute haben Angst, vermeiden das Reisen, wenn sie können. Fluglinien entlassen Zehntausende, Luxushotels haben 30% ihrer Buchungen verloren. Ein Frisör und ein Taxifahrer berichten von Umsatzeinbußen von 40 bzw. 50%. Angesichts dieser Zahlen ist es müßig, darüber zu diskutieren, ob die Entwicklung hin zu einer Rezession schon unter Clinton oder erst unter Bush begann, der 11. September hat den Abschwung in einen Absturz verwandelt, für viele Menschen geht es um das ökonomische Überleben. Die Antwort der Regierung ist „back to business“, Einkaufen zur Ankurbelung der Volkswirtschaft, Konsum als patriotische Pflicht.

2001 ist 1984

Auf der Demonstration in Washington zeigt sich die Polizei sehr effektiv darin, einige Beinahe-Kämpfe zu verhindern und Demonstranten und Gegendemonstranten auseinander zu halten. Aber durch ihre Anwesenheit wird der Eindruck vermittelt dass wir, Teilnehmer an einer legalen und friedlichen Demonstration, die Bedrohung sind. Redefreiheit ist in den USA eins der höchsten Verfassungsprinzipien, aber in diesen Zeiten wird Opposition gegen die Regierung zu einem quasi umstürzlerischen Akt.
Bei einer anderen Demonstration, diesmal in Boston, konnte man auf einem Transparent „No More Victims Anywhere“ lesen. Damit waren sowohl die USA als auch Afghanistan, Israel, die von Israel besetzten palästinensischen Gebiete, Kaschmir und alle anderen Konfliktregionen gemeint. Obwohl es in den USA diese Friedensbewegung gibt, wird sie in den Medien totgeschwiegen, wenn man einmal von der großen Washingtoner Demonstration absieht.

„Bomb the shit out of them“

Viele der Reaktionen in der Bevölkerung haben mit Angst zu tun. Die Anschläge haben die potentielle Verletzbarkeit der USA für jeden sichtbar demonstriert. Angst wird zu Aggression; Aggression, die nur teilweise dadurch befriedigt werden kann, dass die USA Bomben an Orten abwerfen, von denen die meisten Amerikaner kaum etwas wissen und die sie nie besucht haben. „Bomb the shit out of them“, „Go back to Afghanistan“ und „Fuck you“ sind die häufigsten Kommentare, die man auf Demonstrationen zu hören bekommt. Für viele, die den Schock des 11. September nur halb verdaut haben, erscheint eine Bemühung um Frieden und Ausgleich als Zeichen von Schwäche. Die Idee der Gerechtigkeit wird oft genauso missverstanden und durch die Idee der Rache ersetzt. Heuchelei und Opportunismus regieren, der Kriegsruf der Regierung ist „Gerechtigkeit“, aber ihre Politik ist eine der Rache.

Ausverkauf von Grundrechten

Über 1200 Personen sind nach den Anschlägen verhaftet worden, viele von ihnen sind weiter in Haft. Über ihre Lage bekommt man nur sehr wenig Informationen, weil es sich um „Sicherheitsbelange des Staates“ handelt. Rechtsanwälte haben Schwierigkeiten, Informationen über ihre Klienten zu bekommen; noch weniger Informationen erhalten die Medien. Diese Geheimhaltung unterminiert grundlegende juristische Rechte. Der quasi heilige Schutz von Gesprächen zwischen Anwalt und Klient ist jetzt in Gefahr: Das Justizministerium hat angekündigt, diese Gespräche in Zukunft abhören zu wollen, um künftige Attentate zu verhindern. Die Verteidiger fangen an, sich gegen diesen Angriff auf ihre Rechte aufzulehnen. (Schon jetzt sind Anwälte gehalten, den Staat zu informieren, wenn sie glauben, dass Dritten in der Zukunft ein Schaden zugefügt werden könnte.)

die Geheimhaltung von Verhaftungen erinnern an Zustände, die von den USA in anderen Ländern angeprangert werden.

Formal werden die Verhaftungen begründet mit Verstößen gegen die Einwanderungsgesetze, Straftaten ohne Bezug zum 11. September und weil die Festgenommenen „wesentliche Zeugen“ für die Anschläge seien. Bei einem Bruchteil der Verhafteten haben sich Verbindungen (die aber nicht klar definiert werden) zu den Anschlägen ergeben. Beim Rest wird, anders als in der Vergangenheit, das Gesetz so hart wie möglich ausgelegt; Abschiebehäftlinge werden nicht abgeschoben, sondern unbegrenzt in Haft gehalten. Die unbegrenzte Haft, das Abhören der gesetzlich geschützten Kommunikation mit Rechtsanwälten und die Geheimhaltung von Verhaftungen erinnern an Zustände, die von den USA in anderen Ländern angeprangert werden.
Der „USA-Patriot Act“ umfasst folgende Gesetzesverschärfungen: Nicht-Staatsbürger können verhaftet und/oder deportiert werden, wenn sie in einer legalen Weise eine Organisation unterstützen, die zu irgendeinem späteren Zeitpunkt als terroristisch eingeschätzt wird. Einige „terroristische“ Organisationen, die humanitäre Gruppen als Aushängeschilder benutzen, werden betroffen sein, aber genauso gut legitime spendenfinanzierte Organisationen, denen aus Angst die Spender wegbleiben. Immigranten, deren Visum nicht (mehr) in

Ordnung ist, denen aber nicht nachgewiesen werden kann, „Terrorist“ zu sein, und deren Herkunftsland sie nicht aufnehmen will, haben keinen Anspruch auf ein Verfahren und können unbegrenzt in Haft gehalten werden, falls das Justizministerium sie für eine Bedrohung der nationalen Sicherheit hält. Unter diesen Bedingungen ist weder ein Prozess noch eine Anhörung erforderlich.
Der Schutz der Privatsphäre beim Telefonieren und beim Surfen im Internet ist fast völlig abgeschafft. Wenn eine Person als verdächtig eingestuft wird, kann die Regierung jegliche Telefon- und Internetkontakte dieser Person registrieren. Das FBI und andere Polizeiorganisationen können Informationen über Staatsbürger mit dem Auslandsgeheimdienst CIA austauschen, wenn die Informationen als „das Ausland betreffende Erkenntnisse“ eingestuft werden. Nach dem Gesetz schließen „das Ausland betreffende Erkenntnisse“ auch „Kritik der US-Regierungspolitik“ ein. Polizeibehörden können nun verdeckte Durchsuchungen von Wohnungen und Arbeitsplätzen durchführen, die sie dem Durchsuchten erst viel später mitteilen müssen. Diese Verschärfung ist nicht auf „terroristische“ Aktivität beschränkt. Starke Verdachtsmomente , ohne die früher ein Richter keine Durchsuchung genehmigte, müssen nun nicht mehr nachgewiesen sein. Die einzige Voraussetzung ist eine Verbindung zu 'das Ausland betreffenden Erkenntnissen“. Banken und andere Finanzinstitute müssen Gesetzesverletzungen, ja sogar „verdächtige Aktivitäten“ melden, ohne dass dies der Person mitgeteilt wird, über die berichtet wird. Die Einkommensquellen von ausländischen Studenten in den USA werden untersucht, um zu sehen, ob sie zu Al Quaeda oder anderen Gruppen führen.
Der 11. September hat dem Antiterrorismusgesetz Tür und Tor geöffnet. Welcher auf eine Wiederwahl hoffende Politiker kann es sich leisten, dagegen zu stimmen? In direktem Gegensatz zum Geist der amerikanischen Verfassung wird die Machtfülle der Polizeiorgane enorm ausgeweitet. Vielleicht macht es ja keinen Sinn, ein über 200-Jahre-altes Dokument hochzuhalten. Aber die Verfassung wird von den USA immer als wundervolle Errungenschaft der Demokratie präsentiert. Im Augenblick wird auf ihr nur herumgetrampelt.

PS

Als wir vom Freedom Plaza in Richtung auf das Kapitol laufen, gehe ich neben einer älteren Frau. „Ich bin gerade angekommen“, sagt sie völlig außer Atem, „ich war zu Hause und wollte gerade zur Hochzeit meines Enkels gehen, als ich von der Demonstration gehört habe. Eigentlich sollte ich jetzt auf der Hochzeit sein.“ „Und warum sind sie nicht dort?“ „Das hier ist wichtiger, hier geht“s um die Zukunft.“ Bald darauf geht es bergauf und die Demonstration wird langsamer. Vor uns halten alle und schauen zurück. Als wir uns auch umdrehen, sehen wir Demonstranten, so weit das Auge reicht.

Mat Price

[1]Am 10. September z.B. machte Gary Condit, ein demokratischer Kongressabgeordneter aus Kalifornien, noch Schlagzeilen, da seine Praktikantin und Geliebte einige Monate vorher unter mysteriösen Umständen verschwunden war. Für seine politische Karriere hätte damals keiner auch nur einen Pfifferling gegeben. Jetzt, ein paar Monate später, hätte er gute Chance, wiedergewählt zu werden, wenn er sich für den Krieg in Afghanistan, verschärfte Einwanderungsgesetzgebung und die Ausmerzung all dessen, was den 'American Way' bedroht, einsetzen würde. Das sind die populären Themen, die uns derzeit ständig von den Medien eingehämmert werden.
[2]Patriotisches Wortspiel: Diese Farben laufen nicht (aus), soll heißen, diese Flagge/dieses Land läuft nicht vor dem Feind weg.
[3]Sammelbegriff für Straftaten, die aus Rassismus, Sexismus oder Homophobie begangen werden.
[4]Anm. des Übersetzers: Die wirkliche Zahl dürfte weit höher liegen, auch durch die besonders prekären Beschäftigungsverhältnisse von Immigranten ohne Papieren, von denen viele in Hotels und der Tourismusindustrie arbeiten.
[5]national security
[6]material witnesses
[7]foreign intelligence
[8]criticism of United States policies
[9] probable cause



KOLUMBIEN GLEICH AFGHANISTAN?

- Die Intervention hat schon begonnen

In einem Brief den der US-Präsident George W. Bush Ende Oktober an den kolumbianischen Präsidenten Pastrana schrieb, um sich für das Mitgefühl nach den Anschlägen vom 11.9. zu bedanken merkte er am Schluss an: „Das kolumbianische Volk hat schwer gelitten unter denen, die das Imperium des Gesetzes angreifen, aber diese Kriminellen konnten eine der ältesten Demokratien der Hemisphäre nicht besiegen. Ich weiß, dass unser Beistand im Kampf Kolumbiens das Gegenstück zu ihrem Beistand für das amerikanische Volk in diesen schwierigen Zeiten ist. Ich hoffe mit ihnen zusammen zu arbeiten, um dieser schwierigen Herausforderung zu begegnen." Eine Reise Pastranas in die USA und ein Zusammentreffen mit US-Außenminister Colin Powell ist für den 7. Bis 11. November geplant Dort dürfte ein weitergehendes Engagement der USA in Kolumbien zur Sprache kommen.

Noch Anfang 2001 schrieb die rechte Rand Corporation, eine Stiftung des Flugunternehmens Douglas, in einem Bericht über Kolumbien für die US-Airforce im Falle eines Scheiterns der Drogen- oder Aufstandsbekämpfung der Regierung Pastrana müssten sich die USA entscheiden entweder einen enormen Glaubwürdigkeitsverlust hinzunehmen oder ihr Engagement im Konflikt weiter zu steigern.

Dieser Fall scheint nun – im Schatten des Krieges gegen Afghanistan – eingetreten zu sein. Philip Reeker, Sprecher des US State Department, schließt zwar eine direkte US-Militärintervention in Kolumbien aus, doch zugleich betonte Francis Taylor, „Anti-Terrorismus-Koordinator" der gleichen Behörde, am 15. Oktober auf einer Pressekonferenz im Hauptquartier der „Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) in Washington DC, im Anschluß an eine nichtöffentliche Sitzung des „Interamerikanischen Kommitees gegen Terrorismus" (CICTE), dass „terroristische Organisationen" in Kolumbien ebenfalls Ziel der „Antiterrorismus-Kampagne" der USA im Gefolge des 11. September seien würden. In Kolumbien und anderen Ländern Lateinamerikas werde eine ähnliche Strategie zum Tragen kommen, wie von den USA in Afghanistan verfolgt. Bezüglich der Guerillas und der Paramilitärs „werden wir alle in unserer Macht stehenden Ressourcen und wenn notwendig auch militärische Gewalt anwenden, um ihre Aktivitäten zu stoppen". Da die Ernennung eines Staatssekretärs für Lateinamerikafragen durch die Bush-Regierung ausblieb, kam Taylor in den vergangenen Monaten eine zentrale Rolle in der Kolumbien-Politik der USA zu.

Fernando Tapias, Generalkommandeur der kolumbianischen Streitkräfte, der auch an dem CITCE-Treffen teilnahm, betonte Kolumbien bräuchte keine Intervention ausländischer Truppen. „Wir bieten unsere Kräfte und fordern Unterstützung in den Bereichen Ausbildung, technischer Beistand und geheimdienstliche Tätigkeiten". Nach weiteren Gesprächen mit Pentagon-Vertretern zeigte Tapias sich zufrieden: „Seit dem 11. September hat sich die Situation geändert. Sie (die US-Amerikaner) verstehen uns jetzt besser, da sie die Auswirkungen dieser Mischung aus Terrorismus und Drogen, die so schwerwiegende Folgen für die Menschheit hat und unter wir seit Jahren leiden, selbst erleben."

In Kolumbien transformierte die US-Botschafterin Anne Patterson die ausgegebene Linie bei einem Auftritt vor dem Kongress der Nationalen Föderation der Händler (Fenalco) Ende Oktober in einen Vergleich zwischen den Taleban und den kolumbianischen Guerillas und Paramilitärs. Ebenso wenig wie die Taliban und Ossama Bin Laden den Islam repräsentierten, suchten die „kolumbiani-

„werden wir alle in unserer Macht stehenden Ressourcen und wenn notwendig auch militärische Gewalt anwenden, um ihre Aktivitäten zu stoppen"

schen Terroristen" nach sozialer Gerechtigkeit für die Bevölkerung. „Im Unterschied zu den Terroristen in Afghanistan haben die kolumbianischen Gruppen zwar keine direkte globale Reichweite. Doch jede dieser Gruppen übt Terrorismus gegenüber den Kolumbianern aus und schwächt die Fundamente der ältesten Demokratie Lateinamerikas", so Patterson.
Die Botschafterin äußerte auch die Sorge dass Taliban-Drogenhändler sich nach Kolumbien absetzen könnten, um von dort aus den Heroin-Fluss in die USA aufrecht zu erhalten. Doch die USA werden Kolumbien im Kampf gegen den Drogenhandel nicht alleine lassen, so Patterson weiter, und würden die militärische Hilfe fortführen und aufstocken. „Vor Ende des Jahres werden noch weitere zehn Blackhawk-Hubschrauber nach Kolumbien geliefert und Anfang nächsten Jahres weitere 25." Zudem wurde eine weitere Finanzspritze von 882 Millionen Dollar für die Andenstaaten angekündigt, von denen 440 an Kolumbien gehen sollen. Außerdem würden Sondereinheiten zur Ausbildung von Einsätzen gegen Entführungen nach Kolumbien gesandt werden, denn laut Patterson müsse „diese Plage in Kolumbien ausgerottet werden".
In die jährlich hunderte von Entführungen sind alle Akteure im kolumbianischen Konflikt verwickelt, Polizei, Militär, Paramilitärs und Kriminelle zur persönlichen Bereicherung und die Guerilla-Organisationen um nicht bezahlte „Revolutionssteuern" von größeren Unternehmen und reichen kolumbianischen Familien einzutreiben. Doch ob gerade die kolumbianischen Spezialtruppen der GAULA, die seit Jahren in Antiguerilla-Taktiken und dem Vorgehen bei Entführungen ausgebildet werden der richtige Adressat sind, ist mehr als fraglich, denn der Wissensvorsprung der GAULA-Truppen führte bisher dazu, dass sie selbst tief in den Paramilitarismus und sogar in Entführungen verwickelt sind.

In die jährlich hunderte von Entführungen sind alle Akteure im kolumbianischen Konflikt verwickelt

„Jede dieser Gruppen in Kolumbien ist tief in den Drogenhandel verstrickt. Jede hat enorme Einnahmen aus dem Drogenhandel. Jüngst haben auch die AUC den gleichen Weg eingeschlagen", begründet die US-Botschafterin das US-Engagement gegen die Guerillas und sogar die Forderung nach Auslieferung ihrer Vertreter in die USA. Dabei spielt die Drogenökonomie nur bei den Paramilitärs tatsächlich eine zentrale Rolle und dies von Beginn an. Die Verwicklung der AUC in den Drogenhandel in Verbindung mit kolumbianischer Oligarchie und dem Militär ist wiederholt belegt worden. Vielleicht hat deshalb die US-Regierung ihren ehemaligen geheimen Verbündeten AUC in diesem Jahr in ihrer „Terrorliste" aufgenommen. Direkte Folgen hatte dies bisher jedoch nicht. Bei der Rand Corporation lässt sich jedoch ein Vorschlag nachlesen, der durchaus mit der offiziellen Distanz kompatibel ist: „Ein Netzwerk überwachter Selbstverteidigungsorganisationen gemäß des peruanischen Modells könnte eine Alternative zu den illegalen Gruppen bilden."
Die ELN bezieht hingegen aus sozialen und ökologischen Gründen eine sehr strikte Haltung gegen den Drogenanbau und -handel. Selbst Organisationen wie das „Geopolitische Drogenobservatorium" (OGD) mit Sitz in Frankreich attestieren ihr keinerlei Verbindung zum Drogengeschäft zu haben. Die FARC hingegen besteuert in den Gebieten unter ihrer Kontrolle die Geschäfte der Händler, schützt die Kleinbauern vor den Narcos und garantiert ihnen Verkaufspreise, es bleibt allerdings eine von vielen Einnahmequellen – das bestätigt sogar die rechte Rand-Corporation. Aussagen Pattersons wie: „US-amerikanische Experten haben ausgerechnet, dass allein die FARC jährlich mehrere hundert Millionen Dollar durch den Drogenhandel einnimmt. Im Putumayo, dem operativen Zentrum des Plan Colombia, ist die FARC nichts weiter als eine Organisation des Drogenhandels", sind also dazu gedacht die Aufstandsbekämpfung als „Krieg gegen Drogen" zu tarnen. Schließlich wurden bisher auch unzählige kolumbianische Politiker und Militärs und selbst Mitarbeiter der US-Botschaft und des mit der Organisierung der Besprühung beauftragten US-Militärunternehmens Dyncorp des Drogenhandels oder Waschens von Drogengeldern überführt, während der erste Prozess aus den gleichen Gründen gegen ein Guerilla-Mitglied immer noch auf sich warten lässt.
Die Ankündigungen von Anne Patterson kommen zudem just in einem Moment in dem der Gesprächsprozess zwischen Regierung und Farc in einer Krise steckt. Die von der FARC kontrollierte 42.000 km² große entmilitarisierte Zone im Süden Kolumbiens wurde Mitte Oktober von der Regierung nur kurz vor Ablauf wieder verlängert, nachdem die Situation zunächst zu eskalieren drohte da die Armee in das entmilitarisierte Gebiet eingedrungen war und zwei FARC-Angehörige erschoss, während die Regierung die FARC der Ermordung einer ehemaligen Ministerin beschuldigte. Nur ein Abkommen in dem sich Regierung und FARC auf verschiedene Maßnahmen verpflichteten machte noch eine Verlängerung der Entmilitarisierung möglich. Doch schon wenige Tage später geriet der bisher ohnehin ergebnislose Gesprächsprozess erneut in eine Krise, als sich die kolumbianische

Regierung weigerte das Überfliegen der Zone mit Militärflugzeugen einzustellen. Aus der kolumbianischen Armee und rechten Kreisen Kolumbiens wurden wieder Stimmen laut, die eine militärische Lösung fordern.
Wie gefährlich es ist, sich in diesem Zusammenhang gegen eine militärische Lösung auszusprechen zeigt das Beispiel der „Notables", eine dreiköpfige Kommission, die beauftragt wurde ein Dokument mit Vorschlägen zum Friedensprozesses mit der FARC zu erarbeiten. Das Ergebnis wurde Anfang Oktober veröffentlicht und nannte unter anderem einen Waffenstillstand zwischen Regierung und FARC und die uneingeschränkte Bekämpfung der Paramilitärs durch Militär und Guerilla als eine Grundvoraussetzung für einen Frieden. Noch am Tag der Veröffentlichung gingen zwei der drei Kommissionsmitglieder aufgrund schwerwiegender Todesdrohungen ins Exil.

Der Krieg gegen die Bevölkerung wird auch zunehmend privatisiert, professionalisiert und internationalisiert.

In den vergangen Jahren drohten die USA wiederholt mehr oder weniger offen mit einem direkteren Eingreifen. Bisher ist die US-Army jedoch nicht einmarschiert. Das heißt allerdings nicht, daß die USA auf eine Präsenz im Konflikt verzichten würden. Aktuell befinden sich laut Pentagon 175 bis 200 US-Militärs in Kolumbien, die der kolumbianischen Armee als Militärberater im „Kampf gegen Drogen" beistehen, sowie weitere 100 Agenten des CIA und der Antidrogenbehörde DEA. Weitere 15.000 US-Soldaten verschiedener Einheiten sind im vergangenen Jahr auf Grenzstaaten (außer Venezuela) und Länder der Karibik verteilt worden. Der Krieg gegen die Bevölkerung wird auch zunehmend privatisiert, professionalisiert und internationalisiert. Zusätzlich zu us-amerikanischem Militärausbildern sind mindestens acht private Kriegsunternehmen verschiedener Herkunft (vornehmlich USA) in Kolumbien aktiv.
So etwa DynCorp, ein US-Unternehmen aus Reston, Virginia, das logistische Aufgaben für Militäroperationen übernimmt und traditionell eng mit der US-Army zusammenarbeitet. DynCorp ist an der Organisation der Besprühungen beteiligt und stellt die dafür notwendigen Fachkräfte, wie Piloten, Mechaniker und medizinisches Personal ein und beschäftigt in Kolumbien 355 Mitarbeiter, die Hälfte davon US-Amerikaner. Auch das us-amerikanische Kriegsunternehmen MPRI, das von ehemaligen hochrangigen US-Militärs geführt wird und bei Pentagonsitzungen stets als Gast eingeladen wird, ist mit etwa 300 Ausbildern und Personal in Kolumbien tätig. MPRI ist Abstimmung mit dem Pentagon in zahlreichen Ländern weltweit aktiv und beriet auch das kroatische Militär im Jugoslawienkrieg. Bei ihren Aktivitäten verschwimmen einerseits die Grenzen zwischen der Ausbildung von Militärs und Paramilitärs und andererseits die Grenzen zwischen beratender Tätigkeit und direkten Eingriffen in Kampfhandlungen.
Gemäß eines vom US-Kongress verabschiedeten Gesetzes um die „Vietnamisierung Kolumbiens" zu verhindern, darf die Präsenz us-amerikanischen Personals im Rahmen des Plan Colombia die Zahl von 500 Militärangehörigen und 300 angeheuerten Privatpersonen nicht überschreiten. Doch auch wenn Unternehmen wie DynCorp und MPRI diese Bestimmung damit zu umgehen versuchen, dass etwa die Hälfte ihres in Kolumbien aktiven Personals aus anderen Ländern stammt, dürfte die zulässige Anzahl dennoch weit überschritten sein.
Doch auch ein weiteres Engagement sollte stutzig machen: Allein von Januar bis September 2001 wurden bei der Handelskammer von Bogotà 1.515 neue Nichtregierungsorganisationen registriert. Die US-Botschafterin Anne Patterson äußerte gegenüber der rechten kolumbianischen Zeitung El Tiempo die USA habe allein 80 NGO's entlang des Flusses Putumayo finanziert, die angeblich mit der Aufgabe betraut seien, die Auswirkungen der Besprühungen aus der Luft auf Mensch und Natur zu beobachten. Eine Aufgabe für die wohl kaum eine solche Vielzahl von NGO's notwendig scheint zudem z.B. das vom Chemiekonzern Monsanto unter dem Markennamen Round-up vertriebene Herbizid Glyfosat, das in Kolumbien eingesetzt wird, nachweislich zu schweren gesundheitlichen Schädigungen bei der betroffenen Bevölkerung, zur umfassenden Vernichtung jeglichen Anbaus und zur Verseuchung von Quellen und Gewässern führt.
Wie in Vietnam ist der Einsatz von Herbiziden und Pestiziden Bestandteil einer Kriegspolitik der verbrannten Erde. Als Ende Juli ein Zivilgericht dem Antrag verschiedener indianischer Gemeinden auf ein Verbot der Besprühungen der Koka-Anbauflächen mit Glyfosat aus der Luft statt gab und eine fünfzehntägige Aussetzung der Besprühungen verordnete, war dies für die us-amerikanische Botschafterin in Kolumbien, Anne Patterson, Grund genug der kolumbianischen Regierung sofortige und verheerende Folgen betreffs der Unterstützung des Plan Colombia durch die USA anzudrohen. Wenige Tage später gab das Gericht wieder grünes Licht für die zerstörerischen Besprühungen. Es ist daher davon auszugehen, dass viele der NGO's Teil der Aufstandsbekämpfung sind, die soziale Basis der Guerilla zersetzen und zugleich ein dichtes Spitzelnetz im Dienste der US-Army und der kolumbianischen Armee bilden.

Dario Azzellini

WER NICHTS ZU VERBERGEN HAT ...

Die Anti-Terror-Pakete treffen vor allem die ausländische Bevölkerung

Fast möchte man es bedauern. Der neue Personalausweis, den Otto Schily in seinem zweiten Anti-Terror-Paket vorgesehen hat, wird nun doch keine Fingerabdruck-Daten enthalten. Zu schön wäre es gewesen, wenn sämtliche erwachsenen Deutschen bei der Verlängerung des Persos oder des Auberginen-Passes ihre Finger zunächst auf ein Stempelkissen und dann auf ein Blatt Papier hätte drücken müssen. Was wäre wohl passiert, wenn die sich für wohlanständig haltende, staatstreue Mehrheit unserer Bevölkerung einer Maßnahme unterworfen worden wäre, die bis anhin für böse Kriminelle und für die schon lange rundum kriminalisierten Asylsuchenden reserviert war?

Die Vorstellung, dass wer nichts Böses tut, auch nichts zu verbergen habe, können sich nur diejenigen leisten, für die sich die Polizei bisher nicht interessiert hat. Für Menschen ohne den deutschen Pass galt das schon bisher nicht. Für sie war schon immer der Daten-Striptease angesagt. Sie wurden nie gefragt, ob sie denn etwas verbergen möchten, und sie stehen auch bei der neusten Welle von Anti-Terror-Massnahmen und -Gesetzen ganz im Rampenlicht staatlicher Aufmerksamkeit. Bei Hochschulen, „Kommunikationsdienstleistern" und allen möglichen öffentlichen und privaten Institutionen besorgt sich die Polizei derzeit Daten, aus denen sie „Schläfer" herausdestillieren möchte. Deren Kennzeichen: sie sind völlig unverdächtig und völlig unauffällig, entsprechen also eigentlich dem Idealbild des Ausländers, wie ihn sich die deutsche Ausländerpolitik bisher wünschte: jüngere Männer „islamischer Religionszugehörigkeit ohne nach außen tretende fundamentalistische Grundhaltung, legaler Aufenthalt in Deutschland, keine eigenen Kinder, Studientätigkeit (technische Fächer), Mehrsprachigkeit, keine Auffälligkeiten im allgemeinkriminellen Bereich ... finanziell unabhängig." Bis Ende Oktober, so ergab eine Anfrage der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, hatte dieses Raster – hier in der Version des Beschlusses des Amtsgericht Tiergarten – kein Ergebnis gebracht, jedenfalls keines, das sich in ein Ermittlungsverfahren hätte umsetzen lassen.

Die Vorstellung, dass wer nichts Böses tut, auch nichts zu verbergen habe, können sich nur diejenigen leisten, für die sich die Polizei bisher nicht interessiert hat. Für Menschen ohne den deutschen Pass galt das schon bisher nicht.

Neuauflage der Rasterfandung

Die Rasterfahndung ist ein Instrument, das die deutschen Polizeien erstmals Ende der 70er Jahre auf der Suche nach RAF-Mitgliedern anwandte. In den 90er Jahren wurde es legalisiert – in den Polizeigesetzen der Länder und in der Strafprozessordnung. Es handelt sich um eine Methode der „Verdachtsschöpfung": Der Verdacht steht nicht am Anfang der Maßnahme, er ist allenfalls ihr Ergebnis.

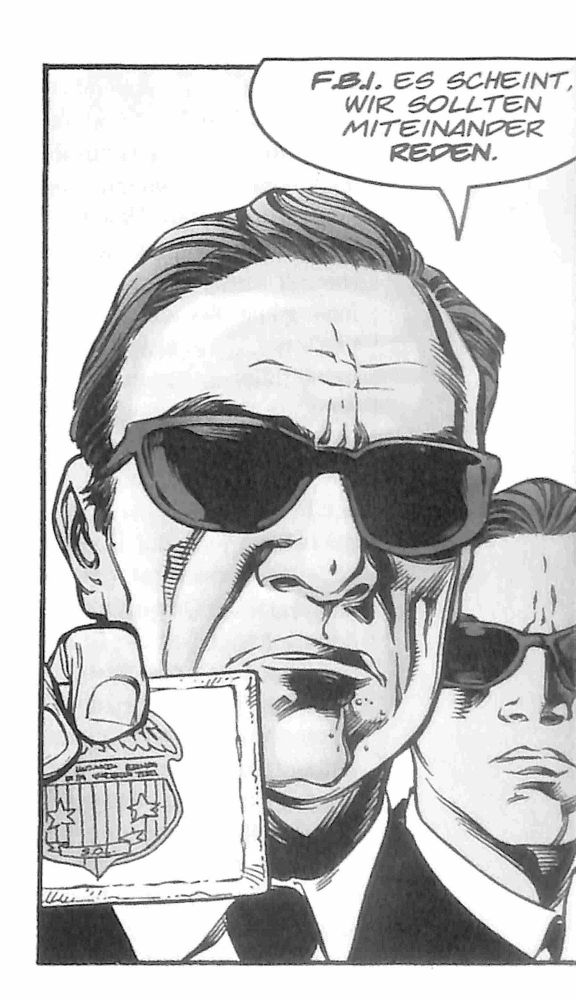
Dieses Kennzeichen trifft auch auf die anderen Vorschläge zu, die mit dem ersten und zweiten Anti-Terrorpaket gesetzlich verankert werden sollen. Kernstück des ersten ist der neue §129b StGB, der den bestehenden 129a ergänzt. Ein neues Organisationsdelikt, das jene Gruppen – samt ihrer UnterstützerInnen und ihrer „WerberInnen" – treffen soll, denen nur im Ausland terroristische Straftaten zugeschrieben werden. Ein in irgendeiner Weise illegales Verhalten in der BRD ist nicht mehr erforderlich. Organisationsdelikte ersparen generell den Nachweis einer individuellen Tatschuld und ersetzen diese durch den Mechanismus der Zurechnung zu einer inkriminierten Gruppe. Schon der 129a zeichnete sich zusätzlich dadurch aus, dass er bei Bagatellen – RAF-Emblemen an Autobahnen und ähnlichem Schnickschnack –

Der Verdacht steht nicht am Anfang der Maßnahme, er ist allenfalls ihr Ergebnis.

erlaubte, den ganzen Kanon der strafprozessualen Zwangsmaßnahmen in Anschlag zu bringen. Für den neuen 129b soll das gleiche gelten.
Das zweite Paket wartet u.a. mit weiteren „identitätssichernden Maßnahmen" für AusländerInnen und Asylsuchende auf. Nicht nur sollen in Ausländerausweisen, Visa und Duldungsbescheinigungen jene noch nicht festgelegten biometrischen Merkmale eingetragen werden, die auch in den deutschen Personalausweisen und Pässen festgehalten werden sollen. Die Fingerabdruck-Daten von Asylsuchenden, die seit 1992 flächendeckend abgenommen und in der bundesweiten AFIS-Datei erfasst werden, sollen nun automatisch mit den ebenfalls dort gespeicherten Tatortspuren verglichen werden. Nicht nur Asylsuchenden, sondern auch „normalen" AusländerInnen droht eine Sprachaufzeichnung, ein Lingua-Test, mit dem der Herkunftstaat oder gar die Region genauer ermittelt werden kann, was auch die Abschiebung dahin erleichtert.

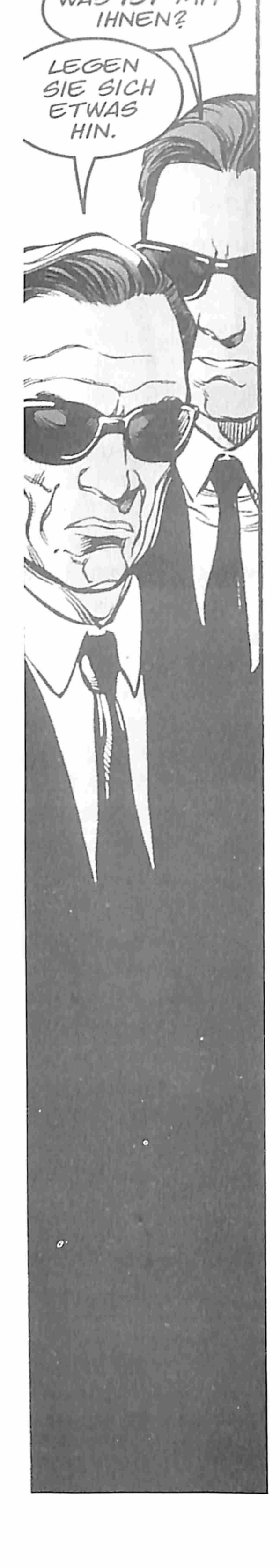
Jäger und Samler im 21. Jahrhundert

Das Ausländerzentralregister, die größte Verwaltungsdatei der Republik, die ohnehin schon der Polizei und den Verfassungsschutzämtern offenstand, wird ausgebaut. Aus der bisherigen Visa-Datei wird eine Visa-Entscheidungsdatei, in der sämtliche Details des Antrags und der Entscheidung von Konsulaten und Ausländerbehörden festgehalten werden – selbstverständlich mit vollem Zugang für Polizei und „Dienste". Gruppenauskünfte aus dem AZR konnten sich Schnüffler und Schlapphüte auch bisher schon besorgen. Ermöglicht war ihnen damit eine Art Rasterfahndung in der Vielzahl der im AZR erfassten Merkmale und Informationen. Personen „mit verfestigtem Aufenthalt" waren von dieser Ras(t)erei bisher verschont; bisher – wenn das Gesetz in Kraft tritt, nicht mehr. Neu eingeführt wird auch ein bundesweites Register von „Ausländervereinen" und entsprechende Möglichkeiten zu deren Verbot. Ergänzt wird damit die Möglichkeit des individuellen Verbots oder der Einschränkung politischer Betätigung, die sich bereits aus dem Ausländergesetz ergibt.
Auch dieses wird mit neuen zusätzlichen Sanktionsmöglichkeiten versehen. Geplant sind neue Gründe, die eine Versagung oder Nicht-Verlängerung von Visa oder Aufenthaltserlaubnissen erlauben, und ebensolche Ausweisungsgründe. „Ausländer raus" oder gar nicht erst rein, lautet die staatliche Parole einerseits bei vagen „Anhaltspunkten" für „sicherheitsgefährdende" Bestrebungen oder für eine Nähe zu dem nunmehr begrifflich ausgeweiteten Terrorismus. Ziel der neuen Regelungen ist nicht nur der Rausschmiss politisch Missliebiger – welcher Couleur auch immer. Vielmehr soll gleichzeitig die ausländerpolitische Schlinge ganz allgemein enger gezogen



werden. Die neuen Versagungs- bzw. Ausweisungsgründe sollen deshalb auch dann greifen, wenn Personen illegal eingereist sind, wenn sie falsche Angaben zur Identität gemacht oder bei den Identifizierungsmassnahmen nicht mitgewirkt haben. Widerspruch und Klage sollen keine aufschiebende Wirkung haben – die Betroffenen werden rechtlos gestellt.

Ziel der neuen Regelungen ist nicht nur der Rausschmiss politisch Missliebiger.



Was fehlt noch? Vorfeldbefugnisse für das BKA, dass zu Auswertungszwecken – also ohne konkreten Tatverdacht – alle möglichen öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen um Auskünfte angehen darf; die Möglichkeit, bei bundesweiten Rasterfahndungen auch Daten mitzurastern, die bisher dem Sozialgeheimnis unterlagen; mehr Befugnisse für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischen Abschirmdienst, die – wenn auch zunächst nur auf fünf Jahre begrenzt – sich bei Banken mit Daten über Kontenbewegungen, bei Fluggesellschaften mit solchen über Reisebewegungen und bei Telekom-Unternehmen mit Verkehrs- und Verbindungsdaten eindecken dürfen. Wer hat mit wem telefoniert? Wer schrieb wem eine E-Mail? Wer gebrauchte von wo aus ein Handy? Sicherlich sind diese neuen Vollmachten allgemein gültig. Sie können auch die deutsche Bevölkerung betreffen, wenn sich Teile von ihr dereinst wieder zu Demonstrationen gegen die kapitalistische Globalisierung oder die Castor-Transporte zusammenrottet. In der aktuellen Situation dürften die Geheimdienste aber zuerst mit der „Beobachtung" vermeintlicher Islamisten beschäftigt sein.
Bricht also jetzt der Überwachungsstaat über uns herein? Die Antwort ist nein: der Überwachungsstaat ist längst da. Die Otto-Kataloge, die trotz angestrengter Verhandlungstätigkeit der Grünen nicht schrumpfen wollen, bauen auf den Anti-Terror- und Sicherheitspaketen auf, die wir seit den 70er Jahren in steter Regelmässigkeit, wenn auch mit ständig neuen Begründungen über uns ergehen lassen mussten. Dabei ging es immer um Überwachung bei einem Tatverdacht oder vor einer konkreten Gefahr. Wo es konkrete Verdachtsmomente gibt, sind Eingriffsbefugnisse gegen Unverdächtige gar nicht notwendig. Gerade das Fehlen des konkreten Verdachts bewirkt, dass die Überwachung ineffizient ist, dass sich durch die Rasterfahndungen zwar die Informationssysteme des Bundeskriminalamtes mit Ausländerdaten aufblähen, aber keine eigentlichen Ermittlungsergebnisse erzielt werden.
Hier geht es nicht um Anti-Terror-Gesetze, sondern um Pakete gesetzlich verankerter Willkür, die diejenigen am stärksten trifft, deren rechtlicher und sozialer Status am schwächsten ist.

Heinrich Busch
(Komitee für Grundrechte und Demokratie)



GLÄSERNE FLÜCHTLINGE, VERDÄCHTIGE AUSLÄNDER

PRO ASYL ZUM TERRORISMUSBEKÄMPFUNGSGESETZ

Am 7. November 2001 hat die rot-grüne Bundesregierung den Entwurf für ein „Terrorismusbekämpfungsgesetz" beschlossen. In einem notstandsähnlichen Eilverfahren soll nun der Gesetzentwurf durch Bundestag und Bundesrat gebracht werden – ohne eine sorgfältige Prüfung. Mit dem Gesetz werden grundlegende Freiheits- und Bürgerrechte beschnitten. Fraglich ist, inwieweit sich die Maßnahmen überhaupt zur Bekämpfung von Terrorismus eignen. Zudem richten sich viele der Bestimmungen in unverantwortlicher Weise pauschal gegen Migranten und Flüchtlinge.

Ungehemmter Datenfluss

Ab jetzt wird hemmungslos vermessen, registriert, gesammelt und verglichen: Im Ausweis dürfen über Foto und Unterschrift hinaus bestimmte „biometrische Merkmale" (von Fingern, Händen oder Gesicht) gespeichert werden. Hier geht es nicht nur um die zweifelsfreie Zuordnung Person – Pass. Zu befürchten ist die Einrichtung einer Referenzdatenbank, in der unverwechselbare Daten jedes Menschen abgespeichert werden und über die jede/r identifizierbar wird. Migranten werden zusätzlich diskriminiert: Für Deutsche werden die genauen Regelungen zu den gespeicherten Daten per Gesetz festgelegt, für Ausländer genügt schon eine Rechtsverordnung des BMI. Im Gegensatz zu Deutschen sind die verschlüsselt angebrachten Daten von Migranten und Flüchtlingen auch nicht an den Zweck der Identitätsfeststellung gebunden, sondern können von allen Behörden verwendet und weitergegeben werden. Bei Ausländern fehlt überdies das für Deutsche vorgesehene Recht zu erfahren, welche Daten gespeichert sind. (§ 4 PassG, § 1 PersAuswG, §§ 5, 39, 56a AuslG)

strukturell rassistisch

Migranten im Visir der Ermittler

Schon heute kann die Polizei bei Vorliegen konkreter Gefahr auf das Ausländerzentralregister (AZR) zugreifen, in

dem nicht nur die Migranten gespeichert sind, die schon jahre- oder jahrzehntelang in Deutschland leben, sondern auch Personen, die früher in Deutschland gelebt haben und längst ausgewandert sind. Die Daten von mehr als 10 Millionen Menschen sind im AZR registriert. Zukünftig soll die Polizei den gesamten Datenbestand in einem automatisierten Verfahren per Rasterfahndung auswerten können – auch ohne dass eine konkrete Gefahr erkennbar ist. Die bisherige Erfahrung mit Rasterfahndungen zeigt: Fast immer sind Unschuldige von schweren Eingriffen in ihre Persönlichkeitsrechte betroffen. (§ 12 Abs. 1 AZRG)
unpraktikabel, datenschutzrechtlich bedenklich

Flüchtlinge unter Generalverdacht

Flüchtlinge sind heute die am penibelsten erfasste Bevölkerungsgruppe. Im Fingerabdrucksystem AFIS werden ihre Daten gespeichert. Darauf kann die Polizei bislang bei begründetem Verdacht auf eine Straftat zugreifen. Zukünftig sollen die Daten einem automatischen Abgleich mit polizeilichen Tatortspuren unterzogen werden. Auf 10 Jahre soll die Speicherungsdauer ihrer Daten verlängert werden, sogar über die Anerkennung als Flüchtling hinaus. Die geplante zweckentfremdete Verwendung dieser Daten ist datenschutzrechtlich bedenklich und stellt Flüchtlinge unter Generalverdacht. (§ 16 Abs. 5 u. 6 AsylVfG)
datenschutzrechtlich bedenklich, strukturell rassistisch

Missbrauch von Asylinformationen

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge soll verpflichtet werden, Informationen aus der Anhörung an den Verfassungsschutz weiterzuleiten. Ein faires Asylverfahren ist aber kaum möglich, wenn Flüchtlinge sich auf die Vertraulichkeit des Gesprächs nicht mehr verlassen können: Die persönlichen und teils hochsensiblen Informationen können auf Geheimdienstkanälen in den Verfolgerstaat gelangen. Der Verrat des „Asylgeheimnisses" durch deutsche Behörden kann für Flüchtlinge und deren Angehörige im Herkunftsland lebensgefährlich sein. (§ 18 BVerfSchG)
rechtsstaatlich unverantwortlich

Pauschalangriff auf ausländische Vereine

Vereine von Migranten werden zukünftig noch stärker vom Verfassungsschutz überwacht, wenn sie sich gegen „den Gedanken der Völkerverständigung" oder „das friedliche Zusammenleben der Völker richten". Darüber hinaus sollen sie leichter verboten werden können, z.B. wenn sie Gewaltanwendung befürworten oder androhen, auch wenn sich dies nicht auf Deutschland, sondern auf ihr Herkunftsland bezieht. Was sich nach Terrorismusbekämpfung anhört, ist in der Praxis hochproblematisch: Exilvereinen, die sich politisch gegen Unrechtsregime in ihren Herkunftsstaaten engagieren, droht die Verbotsverfügung. Soll ein afghanischer Verein, der in Deutschland zum gewaltsamen Sturz der Taliban aufruft, verboten werden? Aus der Perspektive von Verfolgerstaaten sind Oppositionelle oft Terroristen. Eine Gleichsetzung zwischen Terrorismus und dem Kampf gegen diktatorische Regime darf es nicht geben! (§ 3 BVerfSchG, § 14 Abs. 2 VereinsG)
missbrauchsanfällig

Verschärfung der Ausweisungsbestimmungen

Die Ausweisungstatbestände sollen erheblich verschärft werden. Dabei wird mit unscharfen Generalklauseln hantiert: Gründe für eine Ausweisung sind z.B. schon die Drohung mit Gewalt oder die Unterstützung bestimmter verdächtigter Vereinigungen (s.o.). Eine genaue Abgrenzung zum Terrorismus ist auch hier kaum möglich. Selbst nicht gewalttätige Unterstützer von politischen Exilgruppen könnten betroffen sein. Klagen dagegen stellen nicht mehr automatisch die aufschiebende Wirkung her, d.h. die Betroffenen müssen u.U. die ausländerrechtlichen Folgen tragen, bevor ein Gericht die Entscheidung überprüfen kann. (§§ 8, 47 Abs.2, § 72 Abs.1 AuslG)
missbrauchsanfällig, rechtsstaatlich bedenklich

Sprachanalysen

Menschen im Asylverfahren und bestimmte Ausreisepflichtige sollen sich Sprachanalysen „zur Bestimmung der Herkunftsregion" unterziehen. In der Gesetzesbegründung wird erläutert, dass es sich um eine Maßnahme zur Erleichterung der Abschiebung Ausreisepflichtiger handelt. Damit wird eine Praxis, die PRO ASYL schon lange als wissenschaftlich fragwürdig kritisiert, aus der rechtlichen Grauzone heraus geholt und in Gesetzesform zementiert. Mit Terrorismusbekämpfung hat dies offensichtlich gar nichts zu tun. (§ 16 Abs. 2 AsylVfG)
unzweckmäßig

Visumantragsteller: behandelt wie Kriminelle

Die Visadatei soll ausgebaut werden, u.a. durch die Speicherung von Fotos. Visumantragsteller müssen unter Umständen auch ihre Fingerabdrücke abliefern, die

dann für alle Behörden zugänglich sind. Sogar die Daten derjenigen, die die Menschen nach Deutschland einladen, können registriert und weitergeleitet werden. Das Auswärtige Amt hat die Behandlung von Visumantragstellern als „nicht akzeptabel" beurteilt: Die Vorschrift „kollidiert erheblich mit dem ... Interesse an einer Präsentation Deutschlands als weltoffenes und gastfreundliches Land" und könnte „grundsätzliche politische und wirtschaftspolitische Interessen Deutschlands dauerhaft ... beeinträchtigen." (§ 29 AZRG, §§ 41, 64 a AuslG)
ineffektiv, datenschutzrechtlich bedenklich

Der BGS: auf Grenzpatrouille im Inland
Schon jetzt darf der BGS im 30 km-Raum von der Grenze sowie u.a. an Flughäfen, Bahnhöfen und in allen Zügen Personen kontrollieren und ggf. die Sachen durchsuchen. Zukünftig soll der BGS-Zugriffsbereich im Küstenbereich auf 50 bis 80 km ausgedehnt werden. Große Teile der Nord-Bundesländer, Städte wie Hamburg, Bremen oder Schwerin müssten nun mit permanenter BGS-Präsenz rechnen. Mit Grenzüberwachung hat das wenig zu tun, wohl aber mit Rassismus: Denn die Auswahl der Kontrollierten orientiert sich an rassistischen Kriterien: Betroffen sind fast ausnahmslos (vermeintliche) Flüchtlinge und Migranten. Für sie ist, z.B. am Bahnhof, das Landesinnere schon längst „Grenzgebiet". Je dunkler die Hautfarbe, desto verdächtiger. Die in Deutschland lebenden Attentäter von New York hätte man mit Kontrollen an jeder Straßenecke übrigens nicht gefunden: Sie hatten fehlerfreie Papiere. (§ 2 Abs. 2 BGSG)
unzweckmäßig, rechtsstaatlich fragwürdig, im Ergebnis rassistisch

Nicht nur die Grundrechte von Flüchtlingen und Migranten werden durch das „Terrorismusbekämpfungsgesetz" drastisch beschnitten. Bürgerrechtsorganisationen und Datenschützer weisen immer wieder auf den Verlust an Freiheit hin, die jeder Bürger und jede Bürgerin hinnehmen soll. Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, allgegenwärtige Überwachung, fließende Grenzen zwischen Polizei und Verfassungsschutz, unkontrollierbare Datenflüsse: Der Staat sichert sich den Zugriff auf seine Bürgerinnen und Bürger. Indes: Mit überhasteten Eingriffen in Personen- und Freiheitsrechte fängt man keine Terroristen. Aber man fügt der freiheitlichen Demokratie einen irreparablen Schaden zu.

Deutsche Lehren aus Rostock und Mölln



...Scheinasylanten; Asylbetrüger; die Grenzen des Zumutbaren sind erreicht; die Flut von Asylbewerbern überfordert die Menschen und überschreitet die Belastbarkeit der Gemeinden; die Politik muß das Gemeinwesen vor Schaden bewahren; die Zuwanderung muß gesteuert und begrenzt werden, um das wahre Asyl zu schützen; die Erziehung zu nationaler Identität soll man nicht ausgerechnet den Rechten überlassen; es gibt einen Unterschied zwischen gesundem Patriotismus und ungesundem Nationalismus; Deutschland kann nicht die Probleme der ganzen Welt lösen; es gilt, die tiefgreifende Vertrauenskrise gegenüber dem demokratischen Staat zu beheben...

Außerdem:...die Zonis haben Demokratie noch nicht verstanden und müssen erzogen werden; soziale Not macht rechtsradikal; die Gründe für Rechtsradikalismus gründen auf Orientierungslosigkeit, Werteverlust und gesellschaftlicher Desintegration...

Und:...es herrscht Staatsnotstand; der Rechtsstaat ist der Kapitulation nahe und muß nun endlich Flagge zeigen....

Freerk Huisken beschäftigt sich in seinem 1993 erstmals aufgelegtem Buch mit der deutschen Ausländerpolitik in den Monaten nach den Überfällen der Skins und Neonazis auf Asylantenheime, nimmt sich derartige Sprüche vor und entlarvt sie als das, was sie sind: deutschnationales Geseire.

Er beleuchtet dabei hauptsächlich die Zeit vom 22.August '92, dem Tag der Übergiffe in Rostock, bis zum 6. Dezember 1992, dem Tag der Lichterkette in München und des Bonner „Asylkompromisses". Dabei knöpft er sich all die tief Besorgten, die ach so Empörten, die unheimlich Betroffenen und - nicht zu vergessen – die Verständnisvollen vor und kommt unter anderem zu dem Ergebnis: In der gesamten Rechtsextremismusdiskussion in jenen Monaten strotzte es nur so vor Nationalismus. Denn nach den Übergriffen fragte man sich eben nicht, wie man die Asylbewerber vor den Deutschen schützen kann, sondern wie man die Deutschen vor der „unzumutbaren Flut von Asylbewerbern" schützt. Mehr noch: Bei all dem Gerede über Staatsnotstand und Kampf gegen die rechtsradikale Gefahr wurde schnell klar, dass das Leben eines Asylbewerbers weniger wert ist als das nationale Ansehen und die unbedingte Gültigkeit des staatlichen Gewaltmonopols. Es ist schon merkwürdig, dass sich Politik und Bürger nur um das Ansehen „ihres" Staates sorgen und sich vor der internationalen Öffentlichkeit schämen, wenn neofaschistische Mitbürger sich an Ausländern vergreifen. Warum reicht es vielen Bürgern nicht, den Rechtsextremismus einfach deswegen zu verurteilen, weil er sich an Leib und Leben von Menschen vergreift?

Huisken kommt im weiteren Verlauf des Buches noch zu einem anderen Schluss: nämlich dass deutsche Ausländerpolitik zugleich ein Stück imperialistische Politik ist. Denn: „Was muß sich Deutschland eigentlich noch von anderen Staaten und ihren (flüchtenden oder heimischen) Massen bieten lassen und was nicht? Mit der Abschiebung von Asylbewerbern und mit Gesetzen, die die Schließung deutscher Grenzen gleich als Problem aller Anrainerstaaten definieren, stellt die nationale Führung zugleich klar, wie sie in Zukunft ihr Verhältnis zu anderen Nationen gewertet wissen will."

So beteiligt sich Deutschland an der Neuordnung der Welt in Sieger- und Verliererstaaten: Die Sieger hinterlassen Not und Elend, das dann eingezäunt gehört, damit die Opfer gar nicht erst auf die Idee kommen, sich irgendwie bis in die kapitalistischen Zentren durchzuschlagen.

Im Vorwort der jetzt unverändert wieder aufgelegten „Deutschen Lehren aus Rostock und Mölln" schreibt er : „Eines der Beweisanliegen des Buches bestand 1992 noch in dem Nachweis, dass deutsche Ausländerpolitik in der Vergangenheit keineswegs darum bemüht war, sich von humanitären Motiven leiten zu lassen und dabei immer wieder an ‚begrenzter Aufnahmekapazität' und an ‚fehlenden finanziellen Ressourcen' scheiterte. Heute wird diese menschenfreundliche Motivationslage von jenen Politikern, die sie damals unters Volk brachten, offen dementiert: Ausschließlich um nationalen Nutzen geht es, verkünden sie."

So isses. Und um den nationalen Nutzen ging es auch 1992. Mir hat es jedenfalls – auch aufgrund seines manchmal unkonventionellen Schreibstils – sehr viel Freude gemacht, sein Buch zu lesen – es ist wunderbar, wie er all die tausendmal gehörten Vorurteile in der Luft zerreißt und dabei trotzdem strukturiert und differenziert vorgeht.

Jana Seppelt (ZAG)

Freerk Huisken, Deutsche Lehren aus Rostock und Mölln - Nichts als Nationalismus 1, VSA Verlag Hamburg, ISBN 3-87975-806-9

Das obskure Objekt der Begierde

Beim Namen Frantz Fanon werden viele hellhörig. Ist er doch ein Klassiker der 60er Jahre und die Ikone des Antiimperialismus der 70er. Als Referenz diente vor allem „Die Verdammten dieser Erde“, das als Legitimationsgrundlage des bewaffneten Kampfes Furore machte. Als sich langsam eine kritischere Haltung gegenüber »nationalen Befreiungsbewegungen« durchsetzte, schien Fanon in den Dämmer des Vergessens zu dümpeln. Innerhalb der Postkolonialismusdiskussion der letzten Jahre kam dann wieder Bewegung in die Auseinandersetzungen um seine Thesen.

Die Illusion „leicht lesbare Kost“ geschrieben zu haben, hat Udo Wolter nicht und stellt das auch gleich innerhalb der Einleitung klar. Auslöser für seine Beschäftigung mit „Fanons Theoriebaukasten“ war die Konfrontation mit „revolutionsromantischen und ethnisch-nationalen Mystifikationen der Kurdistan-Solibewegung“ und Frantz Fanon – Verweise als eine Art Letztbegründung für das Festhalten an einem kruden Antiimperialismus der Machart 'gutes kämpfendes Volk gegen das imperialistische Übel'. Womit schon geklärt wäre, dass die nationale Befreiungskämpfe feiernde Antiimperialist/innen wenig Freude an dieser Neuerscheinung haben dürfte, wird doch der Missbrauch Fanons, als Rechtfertigung dumpfer Parolen, begegnet und sorgfältig der Interpretationsspielraum, die Stärken und die Schwachstellen seiner Veröffentlichungen ausgelotet.

Ausführlich wird Fanons problematische Position zum Geschlechterverhältnis nachgegangen. Im Zentrum der Untersuchung stehen hier die theoretischen Mängel, die „vor allem (...) die kritische Reflexion der abstrakten Zwangsverhältnisse der warenkapitalistischen Vergesellschaftung und des Nationalstaates“ betreffen und seine androzentrische Schieflage in dieser Frage erklären. Das offensichtliche Scheitern des Emanzipationsversuchs verbietet den Versuch „Fanons Ontologie des Subjekts der Befreiung affirmativ und noch dazu in dessen Kategorien von Nationalstaat und nationaler Kultur wiederzugewinnen (...), anstatt sie zum Gegenstand der Reflexion auf die Missgeschicke der Befreiung im vergangenen Jahrhundert zu machen.

Wie auch den zitierten Textpassagen zu entnehmen ist, ist der Wille sich durch die abstrakte Sprache der Fanondiskussion zu arbeiten für die Lektüre des Buches erforderlich. Es ist bestimmt keine Veröffentlichung die als Einführung in die politische Theorie geeignet ist, aber die sorgfältige und strukturierte Analyse erfordert auch nicht ein vorhergehendes jahrelanges Textstudium um ihr folgen zu können. Dieser Versuch, die Fanondebatte aus ihren eingefahrenen Gleisen und Vereinnahmungen zu heben und zu einer kritischen Auseinandersetzung der Dekolonialisierungsansätze des 20. Jahrhunderts zu erweitern, ist eine gelungene Diskussionsgrundlage.

Tobias Faßmeyer (ZAG)

Udo Wolter, Das obskure Subjekt der Begierde Frantz Fanon und die Fallstricke des Subjekts der Befreiung, 240 S., 29,80DM/ 16 _, UNRAST-Verlag, ISBN 3-89771-005-6



Wir hungern nach dem Tod

Seit dem 11. September haben sie wieder Hochkonjunktur, die selbsternannten Nah-Ost-Experten. Die immer gleichen Stimmen melden sich zu Wort - und das zumeist wenig fundiert, zuweilen auf einem Wissensstand, der vor zwanzig Jahren aktuell war.
Viele der in arabische Länder entsandte Journalisten oder Bildjournalisten verfügen laut dem Islamwissenschaftler Gernot Rotter nicht über die entsprechenden Sprachkenntnisse und / oder es mangelt ihnen an jedweder Vorbildung in Sachen Islam. Dass dies verheerende Folgen für die Berichterstattung haben muss, versteht sich von selbst.
Der Publizist Michael Lüders, der in Damaskus Arabische Literatur und in Berlin Islamwissenschaft, Politologie und Publizistik studierte, ist ein erfreuliches Gegenbeispiel. Des Arabischen mächtig, eröffnen sich ihm auf seinen Reisen tiefe Einblicke und ermöglichen einen ernsthaften Austausch mit der jeweiligen Region. In dem nun von ihm vorgelegten Band analysiert er die Strategien der amerikanischen Machtpolitik der letzten Jahrzehnte in den Golfstaaten und in Afghanistan, versucht er die Ursachen von Terror und Gewalt herauszukristallisieren. Lüders kommt zu dem Schluss, dass militärische Präsenz kein Garant für eine langfristige Stabilisierung sein kann, vielmehr müsse der Westen Dialogbereitschaft zeigen - und zwar nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft.
Damit liefert das Buch - mit geradezu faszinierender Leichtigkeit im Stil - sachliche Argumente für die derzeitige Debatte über Terror, über Gewalt und über mögliche Militäreinsätze.

Michael Lüders: „Wir hungern nach dem Tod". Woher kommt die Gewalt im Dschihad-Islam?, Arche Verlag, Zürich, 2001, DM 19,80, _ 10,-.

Der Abdruck der Rezention „Wir sind dei Guten!" in ZAG 39 von Peter Nowak erfolgte mit freundlicher Genehmigung der Zeitung „junge welt".



Schule ist keine Insel

Britische Perspektiven antirassistischer Pädagogik

Das Buch gibt einen Einblick in britische antirassistische Pädagogik, wobei sich die Beiträge aus unterschiedlichen Blickwinkeln dieser Thematik nähern. Im ersten Teil des Buches mit der Überschrift „Gesellschaftliche und theoretische Perspektiven" gibt Chris Gaine einen Überblick zum gesellschaftlichen Klima von 1950 bis heute.
Während in Deutschland erst Ende der 80'er der Begriff „Rassismus" in den Debatten zu finden war, wurde in Großbritannien der Begriff „race" schon in der zweiten Hälfte der 70'er Jahre auf die bildungspolitische Tagesordnung gesetzt. Durch erste reale Ausgabensenkungen im Bildungswesen vertraten viele Lehrer/innen und nicht zuletzt viele Eltern und Schüler/innen die Ansicht, dass das Bildungswesen die schwarzen Schüler im Stich lasse. In den Regierungsphasen der Konservativen Partei setzten sich die Streichungen im Bildungswesen weiter fort und in den Lehrerausbildungen wurden Themen wie „Ungleichheit aufgrund von race" oder „Vielfalt" ersatzlos gestrichen. Die Labour-Partei setzt seit ihrem Regierungsantritt 1997 auf eine Steigerung der Lernergebnisse als Antwort auf die Ungleichheiten im Bildungswesen. Es wurden aber auch Schritte unternommen, antirassistische Ansätze wieder in die Lehrerausbildung zu integrieren. Wie wichtig gerade dieser Punkt ist, zeigen die Autoren Barry Troyna und Richard Hatcher in ihrem Beitrag auf, denn sie untersuchen, wie Kinder rassistische Ideologien der Gesellschaft und ihrer Umgebung aufnehmen und reproduzieren.
Auch für deutsche Pädagogen bietet dieses Buch einige Themen, die für antirassistische Pädagogik wichtig sind. Von daher unbedingt lesen.

Thomas Quehl (HG.), Schule ist keine Insel, Waxmann Verlag, Münster 2000, 304 S., ISBN 3-89325-917-1
info@waxmann.com

Wie wird man fremd?

Entstanden aus der Vortragsreihe der jour fixe initiative wird im vorliegenden Band der Frage nach der Konstruktion des Begriffes „fremd" auf den Grund gegangen. In verschiedenen Beiträgen wird betrachtet, wie Fremdenbilder heute aussehen, wie sie zustande kommen und welche



Funktion sie erfüllen. Analysiert wird, wie zur Durchsetzung von Abschottung in heutigen Gesellschaften der Rassismus in der Bevölkerung mobilisiert wird. Hierbei tragen auch die offiziellen Kampagnen gegen „Fremdenfeindlichkeit" und „Rechtsextremismus" ihren Teil bei. Der Rassismus wird dabei nicht nur zu einem Randphänomen erklärt und in seiner staatlichen Form legitimiert. Der Mulikulturalismus hilft entscheidend bei der Durchsetzung ethnischer Zuschreibungen und geht damit Allianzen mit den traditionellen völkischen Positionen ein, wie sie schon seit langem in der „Neuen Rechten" propagiert werden. Eine Beobachtung scheint allen Autor/innen gleich: Das „Fremde" ist einerseits das, was, wenn es aussen ist, die nationalstaatlich organisierten Gesellschaften zuammenhält, andererseits scheint der „Fremde" diese Ordnung zu bedrohen, wenn er im Innern auftritt.

jour fixe initiative berlin (Hg.), Wie wird man fremd? Unrast-Verlag, Münster 2001, 255 S.

Terrorismusbekämpfung – alte und neue Irrwege

In der Zeit nach dem „Ereignis" konnte sich eine Zeitschrift, die sich den Bürgerrechten und der öffentlichen Sicherheit verschrieben hat, eigentlich nur einem Thema zuwenden. „Ermächtigungsgesetze" als Überschrift für das Editorial scheint überzogen. Wer sich jedoch durch die fundierten Beiträge gelesen hat, kommt meist zum selben Schluss. Detailliert und sehr genau wird in den Aufsätzen geschaut wie umfassend in der BRD und in Europa Gesetzespakete geschnürt, verpackt und abgeschickt wurden, die vor dem „Datum" kaum denkbar gewesen sind. Aufgezeigt wird, wie die Gunst der Stunde genutzt wurde, um Einschränkung individueller Freiheit, Kompetenzerweiterung polizei- und geheimdienstlicher Apparate und Ausweitung von Datenerfassungen durchzusetzen.

Bürgerrechte & Polizei/Cilip 70 (Nr. 3/2001), Verlag Cilip Berlin 2001, 110 S. www.cilip.de





Fluchten

Der Roman stellt die Familie des Pferdezüchters Ila aus Constantine vor. Der Autor bedient sich einer lyrischen Ausdrucksweise, um seinen Lesern die einzelnen Personen näher zu bringen. Zuerst einmal der Hauspatriarch Ila, seines Zeichens Reisender und immer auf der Suche nach wunderbaren Pferden, die er mit seinen eigenen reinrassigen Araberpferden kreuzen kann. Zum Haushalt gehören unter anderem Lil (Ehefrau), Lol (Adoptivtochter), Ali und Ali Bis (Adoptivsöhne), der Hausherr hat also mehrere Waisenkinder adoptiert, ihnen seinen Namen gegeben und jedes von ihnen mit einem Spitznamen ausgestattet, der sich aus drei Buchstaben zusammensetzte.
Dieses Fundament des Vertrauens bröckelt, als Ali und Ali Bis mit vier Stuten verschwinden, nach diesem Verrat beschließt Ila, die Inselgruppe der Molukken zu besuchen.
Wie die Geschichte endet, beschreibt der Autor detailliert und liebevoll. Beim Lesen des Buches erscheinen einem die Protagonisten lebendig zu werden und man nimmt großen Anteil an den Schicksalen der Betroffenen.

Rachid Boudjedra, Fluchten, Verlag Donata Kinzelbach, Mainz 2001, 170 S., ISBN 3-927069-55-8
HTTP://MEMBERS.AOL.COM/KINZELBACH/VERLAG

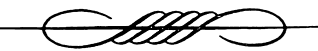
Rachid Boudjedra:

Prinzip Hass
DM 30,00
3-927069-21-3



Rachid Boudjedra:

Das Palästina-Tagebuch
DM 30,00
3-927069-03-5



Donata Kinzelbach (Hrsg.):

Tatort: Algerien
DM 34,00
3-927069-47-7



Mouloud Feraoun:

Vergeltung unter Tage
DM 38,00
3-927069-54-X



Tahar Djaout:

Die Suche nach den Gebeinen
DM 30,00
3-927069-30-2



VERLAG DONATA KINZELBACH
STOLZE-SCHREY-STR. 3
55124 MAINZ
TELEFON 06131/45662
FAX 06131/41088
D1: 0171-2363128
http://members.aol.com/kinzelbach/verlag/
KINZELBACH@AOL.COM

NEU ERSCHIENEN!!!

9. aktualisierte Auflage

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

1993 bis 2001



Menschen flohen vor Verfolgung, Hunger und Elend.
Sie fanden hier den Tod.

Die Chronik umfaßt Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor, während und nach Abschiebungen. Sie umfaßt auch Berichte über Fluchtversuche, die deutlich machen, welche lebensbedrohlichen Bedingungen Flüchtlinge auf sich nehmen müssen, um heute in die BRD zu gelangen. Fluchtversuche, die oft nur durch Zufall nicht tödlich für die Flüchtlinge endeten. Diese Zusammenstellung umfaßt Angriffe und Anschläge auf Flüchtlingssammellager.

Die Dokumentation umfaßt den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2001:

130 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 100 an den deutschen Ost-Grenzen,
343 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 209 an den deutschen Ost-Grenzen,
99 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen;
davon 45 Menschen in Abschiebehaft,
338 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen;
davon befanden sich 227 Menschen in Abschiebehaft,
5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und
171 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt,
16 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode und mindestens
321 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert,
46 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos,
11 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen;
230 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt.

58 Menschen starben bei Bränden in Flüchtlingsunterkünften,
511 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt,
11 Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße.

Ein Fazit:
Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen mehr Flüchtlinge ums Leben (261 Flüchtlinge) als durch rassistische Übergriffe (69 Flüchtlinge).

Die Dokumentation ist bei uns auf Papier (DIN A4 – 216 Seiten, Ringbindung) und demnächst auf CD-Rom erhältlich zum Preis von 9,00 € (bei Versand: plus 1,60 € für Porto & Verpackung); im Netz ab Februar unter der Adresse: www.berlinet.de/ari
Interessierte können einzelne Themen auf Papier oder als Datei bei uns anzufordern (z.B. Tote und Verletzte an den Grenzen, Selbsttötungen, Mißhandlungen auf Flughäfen, kurdische Flüchtlinge u.a.m.).

Antirassistische Initiative e.V. - Yorckstr. 59 - 10965 Berlin
Fon 7857281 - Fax 7869984 - eMail: ari@ipn.de
Internet: www.berlinet.de/ari

Themenschwerpunkte:

1992
Nr. 2 Greift ein! – Schaut nicht länger weg
Nr. 3 Wer schweigt stimmt zu
Nr. 4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
Nr. 5 Roma/Rostock (vergriffen)

1993
Nr. 6 Gleiche Rechte für Alle/Lagerkampagne (vergriffen)
Nr. 7 Rassismus und Medien (vergriffen)
Nr. 8 Ausweisung und Abschiebungen (vergriffen)
Nr. 9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (vergriffen)

1994
Nr. 10 Rassismus und Bildung
Nr. 11 Innere Sicherheit
Nr. 12 Rassismus und Soziale Frage
Nr. 13 Polizei und Justiz

1995
Nr. 14 Deutscher Antirassismus? Gemeinsame Ausgabe mit Off Limits
Nr. 15 Illegalisierung
Nr. 16 Europa
Nr. 17 Alltag-Kultur-Rassismus

1996
Nr. 18 VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit Arranca!
Nr. 19 Einwanderungspolitik
Nr. 20 Ökologie
Nr. 21 Balkan, Krieg und Flucht

1997
Nr. 22 City 2000
Nr. 23 Mobilität
Nr. 24 Globale Migrationskontrolle
Nr. 25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität

1998
Nr. 26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt
Nr. 27 Antirassistische Jugendarbeit
Nr. 28 Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte
Nr. 29 Sport und Rassismus

1999
Nr. 30 Das Ende der Tabus
Nr. 31 Gesundheit als Privileg
Nr. 32 Die Bilder-ZAG
Nr. 33 Konzepte antirassistischer Arbeit

2000
Nr. 34 Islambilder
Nr. 35 Schengenland
Nr. 36/37 Zimmer ohne Aussicht

2001
Nr. 38 Abschiebehaft
Nr. 39 Antisemitismus

ANTIRASSISTISCHE UND ANTIFASCHISTISCHE TELEFONE IN DER BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
02 41/3 48 68

Bayreuth
Neues Antira Telefon
0951/603 08 74

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo 17.30–21h, di 19–21h,
do 17–19h

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
05 21/6 40 94
mo-fr 10–13h & di 18–20h

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
04 21/70 64 44
di 15–19h

Delmenhorst
Infotelefon
0 42 21/1 78 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
02 31/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
02 11/9 92 00 00
24 Stunden

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
0 91 31/20 22 68
di. 10–12

Essen
Anti-Rassismus-Büro
02 01/23 20 60

Giessen
Antirassistisches/- antifaschistisches Notruftelefon
04 61/79 14 64
mo–sa 19–20h, so 20–21h

Hamburg
Antirassistisches Telefon
0 40/43 15 87
mo–sa 9–23h

Kassel
Büro antirassistischer Initiativen
05 61/1 79 19

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
04 51/7 02 07 48
täglich außer so & di,
18–21h

Passau
Infotelefon Antifa
08 51/3 61 06
fr 16–18h

ZAG-Bestellpostkarte:

Ich abonniere die ZAG ab der Nr.......... und erhalte ein ZAG Jahresabo, vier Ausgaben zum Preis von 14,– Euro.

- ☐ Auslandsabo zu 20,– Euro
- ☐ Förderabo in Höhe von..........Euro.
- ☐ Bitte schickt mir als Willkommen kostenlos den Jahrgang 1999 (Nr. 30–33) oder
- ☐ Bitte schickt mir die Mumia-CD

Nach Erhalt einer Rechnung überweise ich auf das Konto

Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.
BLZ 100 205 00
Stichwort ZAG
Konto: 303 96 01

ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH
D–10965 Berlin

ZAG im Abonnement

Wer die Zag regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Ein ZAG-Jahresabo, (4 Ausgaben) kostet 14,– Euro. (Ausland 20,– Euro) inkl. Versandkosten. Lieferung nur gegen Vorauskasse. Bitte füllt die Bestellung und die Überweisung vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. In der Abo-Verwaltung taucht immer wieder das Problem auf, daß wir wegen mangelnder Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen. Überweisungen ohne Angabe von Namen oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden. Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassitische Initiative. (Spenden sind steuerlich absetzbar). Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 % Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden